Nr. 283

21. April 1994

INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM



Für ein Leben ohne Schloß und Riegel!



Inhalt

Ordner:

Impressum

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

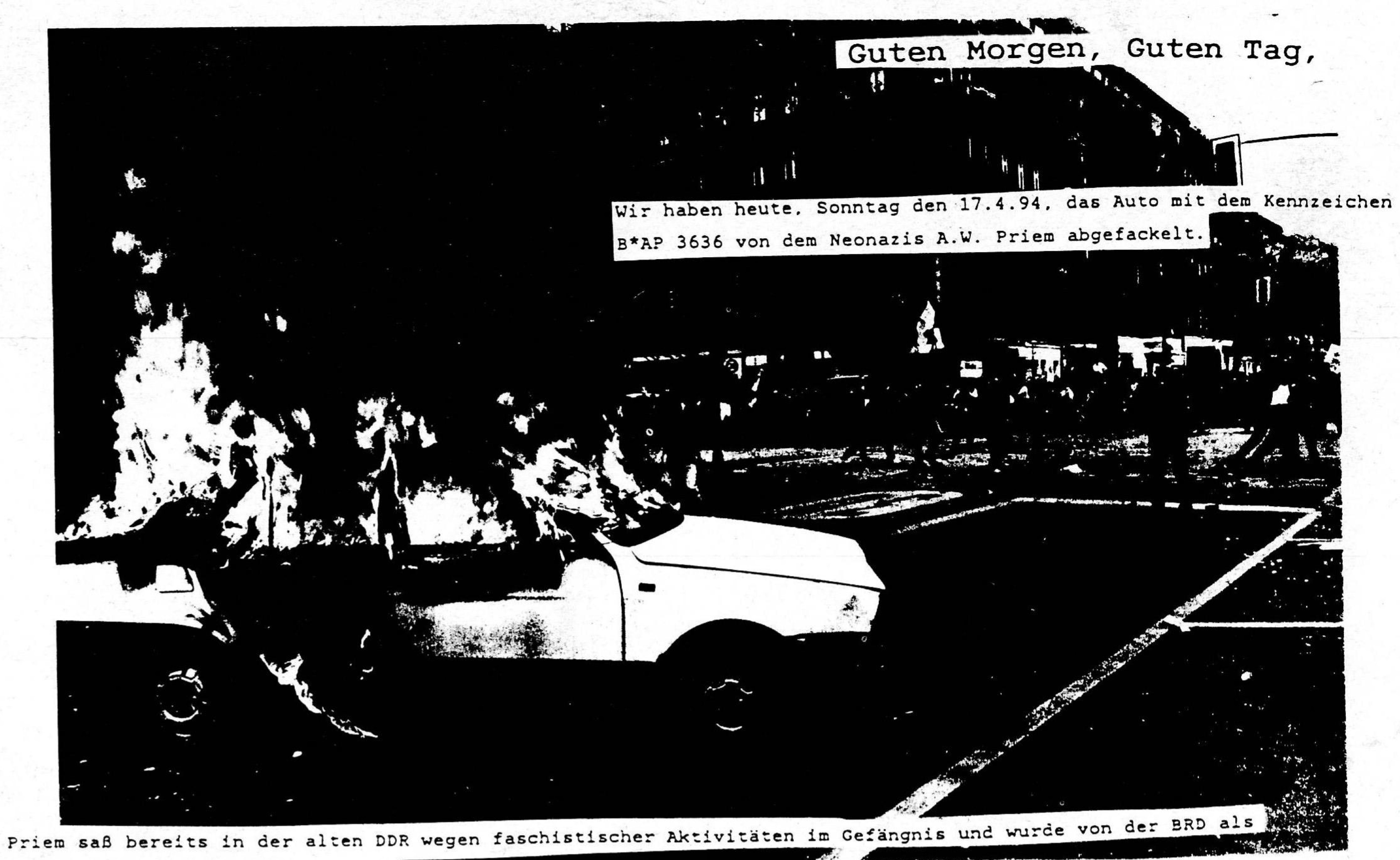
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Und nun das Wort zum Sonntag: ..liebe Gemeinde; wie ihr ja wisst, begeht ihr eine große Sünde, wenn ihr uns 1,5-zeilig, auf Umweltschutzpapier getippte, Beiträge zuschickt.

Das hübsche Titelbild haben wir dem Begleitinfo zu einer Hamburger Veranstaltungsreihe zum Thema Knast entnommen. (Findet im Kölibri(GWA), und im Libertären Zentrum statt.)

Denen die Welt zu klein ist



Priem saß bereits in der alten DDR wegen faschistischer Aktivitäten im Gefängnis und wurde von der BRD als politischer Häftling freigekauft.
In Freiburg war er Mitglied und Kandidat der NPD und gründete im Januar 1974 die Kampfgruppe Priem, zu deren Betätigungen Überfälle auf AntifaschistInnen und das Anbringen von NS-Parolen gehörten.
Kurz nach seiner Kandidatur für die NPD im April 76 ging er nach West-Berlin und wurde dort am 5.März 1977 Aktionsführer im Ortsgruppenvorstand der illegalen NSDAP.
Seine Kampfgruppe wurde in die NSDAP/AO Sektion Berlin aufgenommen.
Bei einer Hausdurchsuchung im selben Jahr wegen des Verstoßes gegen das NS-Verbot, fand die Polizei in seiner Wohnung 4 SS-Uniformen, ein Maschinengewehr, Stahlhelme und verschiedene Nazi-Orden.
1979 war er mit seiner 20-köpfigen Kampfgruppe gern gesehender Gast auf dem Schießstand des Westberliner Polizeisportvereins.

Priem ist heute Mitglied und wichtiger Funktionsträger vieler faschistischer Organisationen und Verbände und unterhält sehr gute Kontakte zu faschistischen Organisationen aus anderen Ländern, vor allem nach Österreich.
Er ist Mitglied bei Wotans Volk, war bis zu ihrem Verbot Ende 1992, Vorsitzender der Deutschen Alternative (DA), und ist
Leiter der Berliner GdNF-Struktur.
(GdNF= Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front)

Die GdNF ist die im Hintergrung stehende Kaderstruktur von ca. 30 faschistischen Parteien und Vereinigungen in Deutschland, Österreich, Holland und Belgien. Zu den inzwischen verbotenen Parteien der GdNF zählen die Deutsche Alternative (DA), der Nationale Block (NB), die Nationale Offensive (NO), die Nationale Sammlung (NS) und der Deutsche Kameradschaftsbund (DK). Legale Parteien sind u.a. die Vapo/Österreich, die Nationale Liste (NL),
die Sauerländer Aktionfront, Deutsches Hessen (DH) u.s.w.
Die jetzige Führung der GdNF übernimmt der Hamburger C.Worch (NL).
Das erklärte politische Ziel der GdNF ist die Wiederzulassung der NSDAP.
Sie,die GdNF, ist heute maßgeblich beteiligt an der Organisierung von Aufmärschen (wie z.b. Rudolf-Heß-Gedenkmarsch), an der Leitung von bereits genannten Parteien, an der Schulung von möglichen Kadern, an der Rekrutierung von Söldnern zu den Milizen in Kroatien, an der Durchführung von Veranstaltungen zur Verfälschung der Geschichte ("Ausschwitzlüge"), an der Organisierung von Wehrsportübungen und letztendlich sind sie auch am Terror direkt beteiligt.
Die verdeckt arbeitende GdNF ist sowohl praktisch als auch ideologisch vergleichbar mit der historischen SA. In Österreich ist die GdNF verantwortlich für die Briefbombenanschläge von Anfang Dez. 93.
Es sind inzwischen 5 Vapo-Mitglieder in diesem Zusammenhang verhaftet worden.

Priem ist außerdem Mitinitiator der "Initiative Freiheit für G.Küssel". G.Küssel ist Vapo-Chef und wegen NS-Wiederbetätigung zu 10 Jahren Gefängnis in Österreich verurteilt worden.

Unklar bleibt auch die Rolle und Verwicklung von Priem in die Briefbombenserie von Dez. 93 in Österreich.
Tatsache ist jedoch, daß er 2 Stunden nach der ersten Bombenexplosion in Wien gesehen wurde (laut Österer. Presse). Tatsache ist auch, daß Priem und Binder (VAPO), einer der Verhafteten im Zusammenhang mit der Briefbombenattentate , der an der Grenze auf dem Weg nach Berlin festgesetzt wurde und in dessen Audi 80 13 Gewehre, 5 Pistolen, ein Bajonett, Substanzen zur Nitroglycerin-Herstellung sowie ein weißes Briefcouvert, das mit den Sprengstoffbriefen identisch sein soll, gefunden wurden, sich öfters gesehen haben und gut kannten.
Priem blieb bisher unbehelligt.
Wahrscheinlich hat er das seinen hervorragenden Beziehungen zur Berliner Polizei zu verdanken.

In einer Zeit,
-in der Morde von Nazis und Rassisten an ImmigrantInnen, Flüchtlingen, Juden/Jüdinnen, Schwulen/Lesben, Frauen, Behinderten, Obdachlosen und AntifaschistInnen ständig zunehmen (seit 89 bis heute über 60 Morde),
-in der faschistische Organisationen und Parteien völlig legal unter dem Schutz der deutschen Polizei aufmarschieren dürfen, wie
die 500-800 Nazis am 15.August 93 in Fulda oder am 1.Mai 93 die FAP in Berlin-Lichtenberg,
-in der die Verbrechen an der Menschlichkeit und die Existenz von Gaskammern in Ausschwitz wieder geleugnet werden dürfen
(vor kurzem erst hob der Bundesgerichtshof (Karlsruhe) die Verurteilung des Landgerichts Mannheim gegen den NPD-Vorsitzenden Deckert wegen Volksverhetzung auf).
-in der Nazi-Größen wie Schönhuber (REP) ganz legal gegen jüdische Menschen unbehelligt hetzen können,
(Schönhuber hatte I.Bubis, den Zentralratsvorsitzenden der Juden, als einen "der schlimmsten Volksverhetzer Deutschlands " bezeichnet und als denjenigen, "der in Deutschland für Antisemitismus sorgt".
-in der sich die Bundesregierung mit der Abschiebung von mit Folter und Tod bedrohten KurdInnen zum Erfüllungsgehilfen
faschistischer, diktatorischer Regime wie in der Türkei macht,
-in der die deutschen Behörden ImmigrantInnen auch nach 20-jährigem Aufenthalt in Deutschland kaltblütig abschieben, wie in dem Fall des ägyptischen Publizisten Dr.phil. Mohamed Osman (laut Presse vom 14.4.94)
-in der die deutsche Polizei Pogrome auf Flüchtlinge duldet und billigt wie z.b. in Rostock 92,
-in der deutsche Polizeibeamte laut gröhlend das Horst-Wessel auf der Straße singen: so geschehen am 1.Mai 1993 in Berlin-Kreuzberg durch eine BGS-Einheit ,
in einer Zeit, in der die ganze Gesellschaft weit nach rechts driftet,
ist es notwendiger denn je , mit vielfältigsten Formen Widerstand gegen Rassismus und Faschismus und Sexismus zu leisten.

Wir rufen alle fortschrittlich Denkenden und Handelnden Menschen auf, sich an diesem Widerstand zu beteiligen.
Mit unserer Aktion wollen wir auch aufzeigen, daß keine der FaschistInnen unangreifbar sind. Auch Priem nicht.
Alle Nazis haben Namen und Addressen.

-Kommt zahlreich zur Demo am 20.4. unter dem Motto Kampf dem rassistischen Terror um 16.00 Uhr am U-BHf.Mehringdamm
-Sofortige Freilassung aller inhaftiereten AntifaschistInnen

Tod dem Faschismus

Antifaschistische Kolonne Hannie Schaft
(H.Schaft war holländische Widerstandskämpferin gegen den deutschen Faschismus)



Ernteeinsatz 94

oder

Die Früchte unserer Arbeit werden euch nicht schmecken!

Wir haben heute hier und in anderen Arbeitsämtern schon mal geübt für unseren Ernteeinsatz auf dem Feld.

Hier sind die Früchte unserer Arbeit!

Was, so war das nicht gedacht? Aber es heißt doch: Zwangsarbeit zur Erntezeit für Arbeitslosenhilfe-EmpfängerInnen. Wenn euch das so nicht paßt, dann streicht euren Plan lieber gleich wieder. Sonst kommen vielleicht noch mehr Arbeitslose auf pfiffige Ideen...

Was für ein Tag?!

Heute geht das neue Arbeitsförderungsgesetz in die 2. und 3. Lesung, um anschließend verabschiedet zu werden und am 1.7.94 in Kraft zu treten. Was? Noch nie was davon gehört und schon beschlossen? Ja, die da oben müssen sich beeilen. Noch glauben alle an die große Krise - aber die Berichte über fette Gewinne von großen Unternehmen häufen sich schon. Lange läßt sich das nicht mehr verheimlichen.

Was bringt uns diese Gesetzesänderung? Unter anderem werden für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nur noch 80% des bisherigen Lohns bezahlt. Nicht daß sich die Ossis zu früh freuen, weil sie ja eh nur 80% des Westlohns kriegen: ihr bekommt jetzt 80% von 80%.

Ein zweiter dicker Brocken betrifft die Arbeitslosenhilfe-EmpfängerInnen. Die Arbeitsämter können Arbeitslose für bis zu drei Monate im Jahr als SaisonarbeiterInnen in die Obst- und Gemüseverarbeitung und in die Land- und Forstwirtschaft schicken. Dazu passend wird Saison- und Werkvertragsarbeit für Menschen aus anderen Ländern, die bisher diese Jobs gemacht haben, eingeschränkt.

Des weiteren sollen jetzt auch Arbeitslosenhilfe-EmpfängerInnen gemeinnützige Arbeit leisten. Die Kommunen werden angehalten solche Stellen zu schaffen.

Was heißt das für uns?

Trotz hoher Arbeitslosigkeit und Kampagnen "gegen Sozialschmarotzer" und Krisengejammer haben Regierung und Unternehmer immer noch nicht durchsetzen können, daß wir jeden Dreckjob annehmen. Arbeitsplätze gibt es jede Menge- aber die Bedingungen und die Löhne schmecken uns nicht. Das soll sich ändern. Durch Terror auf den Ämtern, weitere Kürzungen der Gelder und direkten Zwang zur Arbeit wollen sie uns dazu bringen, uns lieber selbst nen Job für 9 Mark die Stunde zu suchen, als alle Jahre wieder für noch weniger in die Ernte zu gehen und uns zwischenzeitlich auf den Ämtern fertig machen zu lassen. Die Leute aus anderen Ländern, die vorher diese Arbeiten gemacht haben, sind natürlich nicht über Nacht alle Millionäre geworden - sie sind weiterhin gezwungen, zu arbeiten und werden so in illegale Arbeit zu noch mieseren Bedingungen reingedrückt.

Arbeitsamt kann einpacken! Christo schon auf dem Weg!

Viele denken, der Zug ist abgefahren, wenn ein Gesetz erstmal verabschiedet ist. Weit gefehlt! Auch in Frankreich hat die Regierung versucht, die Bedingungen von ArbeiterInnen und Arbeitslosen mit Gesetzen zu verschlechtern. Sie mußte sie zurückziehen, weil die Leute alle zusammen auf die Straße gegangen sind und klar gemacht haben, daß das nicht läuft.

Auch hier ist ein Gesetz nichts Unumstößliches. Überlegt euch mit Freunden/Freundinnen und Bekannten Aktionen, geht zu Arbeitslosengruppen, muckt auf! Diese kleine Aktion heute war erst der Anfang...

Die fleißigen ErntehelferInnen

Berlin, Donnerstag den 14.04.1994

Arbeitslose liefern Obst und Gemüse in Berliner Arbeitsämtern ab!

Arbeitslose haben heute in Berlin schon für den Zwangsarbeits- Einsatz auf dem Feld geübt, zu dem sie bald massenhaft herangezogen werden sollen. Die Früchte ihrer Arbeit haben sie in den Arbeitsämtern Kreuzberg, Neukölln, Prenzlauer Berg und Lichtenberg abgeliefert: Zentnerweise fauliges Obst und Gemüse kippten sie dort aus, um ihre Ablehnung des heute in 2. und 3. Lesung verabschiedeten Gesetzes zum Ausdruck zu bringen, nach dem EmpfängerInnen von Arbeitslosenhilfe für bis zu drei Monate zur Saisonarbeit im "erntenahen Bereich" verpflichtet werden sollen.

Nachdem es bereits vorher zu ähnlichen Aktionen gekommen ist, hoffen wir, daß der Widerstand gegen alle Formen von Sozialkürzungen, Lohnraub und Zwangsarbeit nun immer breiter wird. Die erfolgreichen Aktionen in Frankreich gegen das Niedriglohn-Gesetz haben gezeigt:

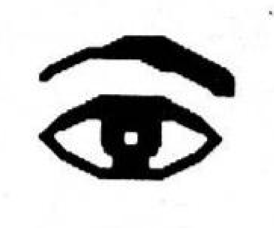
Ein verabschiedetes Gesetz ist noch nicht das letzte Wort - wenn wir uns zusammentun, können wir gewinnen!

Die fleißigen ErntehelferInnen

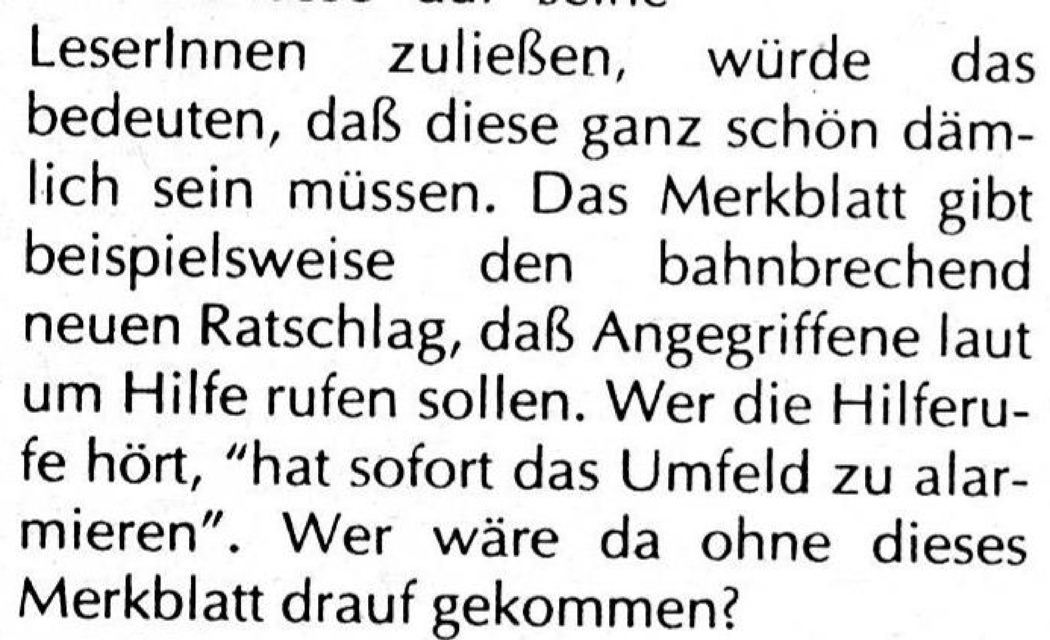
Beleidung, Beschimpfung, Bedrohung

Erstaunlicher Runderlaß über innere Sicherheit in allen Arbeitsämtern

"In zunehmendem Maße ist festzustellen, daß Ratsuchende Mitarbeitern Gewalt androhen." Mit diesen Worten beginnt ein Hausrundschreiben an "sämtliche Amtsangehörigen" des Arbeitsamts Frankfurt am Main. Im folgenden werden aber nicht die Ursachen dafür untersucht, sondern es werden Anweisungen an die MitarbeiterInnen des Amts gegeben, wie sie sich in solchen Fällen verhalten sollen. Beigefügt war dem Schreiben ein Merkblatt, daß auch in anderen Arbeitsämtern verteilt worden ist.



In dem Merkblatt werden die ArbeitsamtsmitarbeiterInnen auf verschiedene Szenarien eingestellt. Es wird unterteilt in 1. Vorbeugende Maßnahmen, 2. Beleidigung, Beschimpfung, Bedrohung, 3. Tätlicher Angriff und 4. Geiselnahme. Wenn die Formulierungen des Merkblattes wirklich Rückschlüsse auf seine LeserInnen zuließen, würde das bedeuten, daß diese ganz schön dämlich sein müssen. Das Merkblatt gibt beispielsweise den bahnbrechend neuen Ratschlag, daß Angegriffene laut um Hilfe rufen sollen. Wer die Hilferufe hört, "hat sofort das Umfeld zu alarmieren". Wer wäre da ohne dieses Merkblatt drauf gekommen?



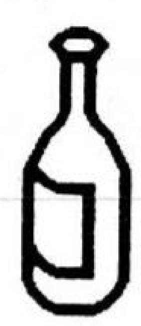
Schlimm genug, daß erst die Sorge um die Sicherheit der MitarbeiterInnen der Arbeitsämter Anlaß ist, diese darauf hinzuweisen, die Ratsuchenden höflich und korrekt zu behandeln. Um Aggressionen zu vermeiden, weist der Erlaß die MitarbeiterInnen unter anderem an: - Besucher sofort begrüßen und mit Namen ansprechen, - Besucher im Gespräch ansehen und aktiv zuhören, - sich bei Fehlern entschuldigen, - vollständige Information über erforderliche Unterlagen geben, - verständlich sprechen, - zügig und freundlich Auskunft geben und - über Folgemaßnahmen informieren. Ob letzteres tatsächlich in allen Fällen befriedend wirkt, ist zumindest fraglich.

Das Kapitel Beleidigung, Beschimpfung, Bedrohung fällt in seiner literarischen Qualität hinter dem Rest des Merkblattes ein wenig ab. Es rät den Angestellten und Beamten lediglich, „den Besucher zu beruhigen und das Gespräch friedlich zu beenden. Sollte dies im Einzelfall nicht erreicht werden, ist der zuständige Abteilungsleiter beizuziehen."

In einem ebenfalls beigefügten „Merkblatt über Zulässigkeit und Umfang von Notwehrhandlungen" heißt es zum Thema Beleidigung:

„Gegenüber Beleidigungen ist in der Regel keine tätliche Abwehr zulässig."

In dem Merkblatt werden die Arbeitsamtsbediensteten sogar noch in einige Feinheiten des Kampfsports in Verbindung mit juristischen Details eingeführt. In dem Punkt 2 b) (5) schreibt das Blatt bei Angriffen von Betrunkenen vor:

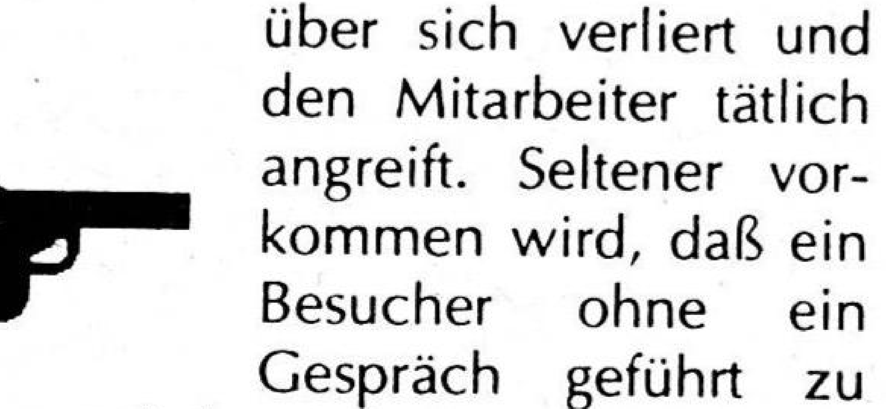


„U. U. kann es in diesem Fall geboten sein, auf Abwehr zu verzichten. Ansonsten muß zunächst versucht werden, die Gegenwehr auf rein defensive Abwehrhandlungen zu beschränken. Erst, wenn alle derartigen Möglichkeiten ausgenutzt worden sind, darf der Angegriffene Abwehr in Form eines Gegenangriffes leisten. Ist ein Ausweichen aber nicht mehr möglich, so darf die durch die Verteidigung herbeigeführte Verletzung nicht außer Verhältnis zu dem von dem Angreifer drohenden Schaden stehen.



Das Kapitel tätlicher Angriff ist so bemerkenswert, daß wir es hier auszugsweise im Wortlaut abdrucken:

"Es ist nicht auszuschließen, daß ein Mitarbeiter von einem Besucher tätlich angegriffen wird. Denkbar ist, daß ein Besucher, der nicht beruhigt werden konnte, vollkommen die Kontrolle über sich verliert und den Mitarbeiter tätlich angreift. Seltener vorkommen wird, daß ein Besucher ohne ein Gespräch geführt zu haben, tätlich wird. Zur Vermeidung von Verletzungen sind in publikumsintensiveren Stellen Gegenstände, die als Waffen benutzt werden können (z. B. Scheren, schwere Aschenbecher, Brieföffner usw.), an einem für den Besucher nicht erreichbaren Ort aufzubewahren.



Auf keinen Fall sollte sich ein einzelner Mitarbeiter im Interesse seiner Gesundheit auf einen Zweikampf einlassen, und es sollten mehrere Mitarbeiter zur Vermeidung von eigenen Schäden nicht versuchen, den Täter zu überwältigen, es sei denn, eine angemessene Gegenwehr wäre durch eine Notwehrlage geboten. Hierüber gibt das Merkblatt "Zulässigkeit und Umfang von Notwehrhandlungen", Anlage 5, Auskunft.



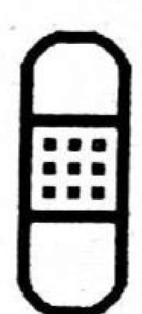
Besteht die Möglichkeit, den Angreifer im Tatzimmer bis zum Eintreffen der Polizei einzuschließen, sollte dies geschehen. In der Regel wird der Täter jedoch versuchen, das Dienstgebäude auf dem schnellsten Weg zu verlassen.

Hieran sollte er nicht gehindert werden, zumal seine Personalien im allgemeinen bekannt sind."

In dem Kapitel Geiselnahme läßt der Urheber des Merkblattes seine LeserInnen leider etwas im Stich, denn es heißt hier, daß es zur Lösung dieses Problems kein Patentmuster gebe. Damit die MitarbeiterInnen aber trotzdem nicht Gefahr laufen, in diesem Fall eigenständig denken zu müssen, weist sie das Merkblatt an, in diesem Falle „sofort" die 110 anzurufen. "und danach den zuständigen Abteilungs- oder Nebenstellenleiter zu unterrichten."

Weiter heißt es, der Mitarbeiter (Mitarbeiterinnen kommen in dem Merkblatt übrigens genauso wenig vor, wie Besucherinnen) "sollte vor allem bemüht sein, ruhig zu bleiben und darauf vertrauen, daß er aus dieser Situation befreit wird". Allerdings wird dieses Vertrauen ein klein wenig durch einen weiteren Hinweis in dem Merkblatt getrübt. Da heißt es nämlich:

„Keine Regelung kann den absoluten Schutz des einzelnen gewährleisten und es ist ausgeschlossen, für jede Gefahrensituation ein wirksames Abwehrverhalten festzulegen."



Klage über rabiate Besucher

Einen besseren Schutz von Behördenmitarbeitern gegen Gewalt von Antragstellern hat die Gewerkschaft der Kommunalbediensteten im Deutschen Beamtenbund gefordert. Einer gestiegenen Zahl von Bedürftigen stünde zu wenig Personal gegenüber, sagte Bundesvorsitzender Heinz Ossenkamp. Dadurch würden die Mitarbeiter zu Blitzableitern für politische Fehlentscheidungen.

Deutschland auf dem Weg zum Arbeitsdienst

Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) zum Aktionsprogramm für Wachstum und Beschäftigung

Der Regierungskoalition reicht es offensichtlich noch nicht, daß sich Neofaschisten organisieren, Anschläge auf Asylbewerberheime ausüben, ausländische und behinderte Mitbürger angreifen und umbringen, aktive AntifaschistInnen systematisch verfolgen. Sie will nun mit Blick auf den Wahlkampf die Hetz und Stammtischparolen der Rechten über die Arbeitslosen in Gesetze umsetzen. „Arbeitslose als Erntehelfer — Strafe bei Ablehnung" heißt als Botschaft an rechte Wähler: endlich werden die faulen Arbeitslosen 'rangekriegt, die sich in der sozialen Hängematte ausruhen und soziale Leistungen mißbrauchen, während andere hart arbeiten.

Der besorgten liberalen Öffentlichkeit wird das Ganze als „Aktionsprogramm für Wachstum und Beschäftigung" verkauft, denn wer will heute nicht mehr Arbeitsplätze? Die Maßnahme, die Teil eines 30-Punkte-Programms ist, wird damit begründet, daß 1993 trotz hoher Arbeitslosigkeit 180000 ausländische Arbeiter bis zu drei Monate bei Saisonarbeit beschäftigt wurden. Die Löhne für derartige Arbeiten liegen meist unter der Höhe der Arbeitslosenhilfe, weshalb für Arbeitslose solche Arbeiten nicht zumutbar sind. Mit Androhung des Entzugs der Arbeitslosenhilfe — und damit der Existenzgrundlage — sollen nun Arbeitslose gezwungen werden, diese Arbeiten zu verrichten. Die durchschnittlich gezahlte Arbeitslosenhilfe liegt heute bei unter 1000 DM; oft genug müssen Arbeitslose mit Familie noch zusätzlich zum Sozialamt, weil das Existenzminimum damit unterschritten ist. Löhne noch unterhalb dieser Grenze sind an sich schon ein Skandal. Daß aber Arbeitslose mit staatlicher Gewalt in solche Arbeitsverhältnisse gezwungen werden sollen, ist als ein offener Schritt in Richtung Zwangsarbeitsdienst zu werten — mit dem Ziel, noch härteren Druck auf die gesamte Lohn- und Gehaltsstruktur auszuüben.

1. Die Bundesanstalt für Arbeit muß als Ergänzung zu diesen Löhnen pro Arbeitstag und Arbeitslosem 25 DM draufzahlen. Lohnabhängige Versicherungszahler subventionieren damit unfreiwillig Ausbeuter, die an ihresgleichen Hungerlöhne unterm Existenzminimum zahlen.

2. Mit der Maßnahme wird nicht ein einziger neuer Arbeitsplatz geschaffen, es wird kein einziger Arbeitsloser dadurch eine dauerhafte Beschäftigung finden, aber Hunderttausende ausländische Arbeiter werden um ihre letzte Verdienstmöglichkeit betrogen. Schlimm genug, daß sie solche Arbeiten annehmen müssen; ohne sie werden sie vollends ins Elend getrieben. Es wird damit auf die latente Fremdenfeindlichkeit gebaut, die mit der Drohung des sozialen Abstiegs ausgelöst wird.

RAZZ

3. Die propagierten Selbstheilungskräfte des Marktes, der Rückzug des Staates, der Abbau von Subventionen, das Leistungsprinzip und Konkurrenz sollen nur für die abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen gelten, nicht aber für die ausbeuterischen Lebensmittel- und Landwirtschaftskonzerne. Wer für seine Produktion auf dem regulären Arbeitsmarkt keine Arbeitskräfte findet, der muß entweder seinen Profit schmälern oder die Preise für seine Produkte erhöhen, um existenzsichernde Löhne zahlen zu können, oder er muß vom Markt verschwinden. Staatlich erzwungener Arbeitsdienst für Sklaventreiber ist nichts anderes als Planwirtschaft im schlechtesten Sinne.

4. Die Maßnahme ist ein eklatanter Eingriff in die Tarifautonomie, denn mit staatlicher Gewalt werden Arbeitsverhältnisse am 1. Arbeitsmarkt vorbei erzwungen und zementiert, die gegen die — durch Gewerkschaften und Arbeiterbewegung — erkämpften Rechte wie Tarif- und Qualifikationsschutz verstoßen. Die staatliche erzwungene Garantie nicht existenzsichernder Arbeit treibt nicht nur einen weiteren Keil zwischen Arbeitslose und Beschäftigte, sondern unterhöhlt die einzige Macht, die Gewerkschaften gegenüber Unternehmen haben: Organisation und Streik der abhängig Beschäftigten für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Staatliche Zwangsarbeiter in privaten Betrieben sind gleichzeitig Streikbrecher, gegen die höchstens ein politischer Streik Sinn macht, der aber verboten ist.

5. Die Abschaffung des Bedarfsprinzips gegen die Einführung des Statistikmodells in der Sozialhilfe bekommt mit der staatlichen erzwungenen Garantie nicht existenzsichernder Löhne seinen eigentlichen Sinn: die Festsetzung des Sozialhilfebedarfs richtet sich nach den Einkommens- und Konsumverhältnissen der untersten Lohngruppen, die sich Staat und Unternehmen im Wechselspiel über Zwangsarbeit nun selbst herstellen können.

Auf einer Linie mit diesen beschriebenen Tendenzen liegen auch weitere Maßnahmen des Programms:
— die Begrenzung der Lohn- und Gehaltsbemessung auf 80 % der Tarife für ABM;
— die Ausdehnung des verfassungswidrigen Paragraph 249h AFG (Umwandlung von Lohnersatzleistungen in Lohnkostenzuschüsse bei Kürzungen von Arbeitszeit und Lohn) auf den Westen;
— die Einführung von „Gemeinschaftsarbeiten" (vorerst „freiwillig") für Alg- und Alhi-BezieherInnen;
— die Privatisierung der Arbeitsvermittlung;
— die Fortführung des Beschäftigungsförderungsgesetzes (Erlaubnis befristeter Arbeit, Leiharbeit, etc.);
— weitere Flexibilisierung der Arbeits- und Maschinenlaufzeiten durch die „zügige Verabschiedung" des „Arbeitszeitrechtsgesetzes"

Die Bundeszusammenschlüsse der Sozialhilfe- und Erwerbsloseninitiativen kündigen hiermit ihren aktiven Widerstand gegen diese Maßnahmen an und fordern Gewerkschaften und andere Organisationen auf, sich gemeinsam mit den Betroffenen in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis gegen weitere Ausgrenzung, Verarmung und alle Formen von Arbeitsdienst zu wehren!

Oldenburg, den 2. Februar 1994. Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) Kaiserstr. 19. D-26122 Oldenburg, Tel: 0441-16313, Fax: 0441-16394 (aus CL-Netz)

"Position A": die subjektive Perspektive

Wenn es um die politische Zielrichtung des Autonomie-Kongresses geht, war in den letzten Wochen öfter von zwei gegensätzlichen Positionen die Rede. In einem Beitrag in der Interim "Gedanken zum autonomen Kongress" wurden sie mit "Wir über uns" und "Gesellschaftsanalyse" bezeichnet. Ich fühle mich als Vertreterin der ersten Position angesprochen und möchte deshalb ein paar Bemerkungen dazu machen:

Mit "Wir über uns", "Befindlichkeitspolitik" oder gar "Bauchnabelschau" wie es auch schon mal hieß, ist diese Position nach meiner Meinung nicht richtig bezeichnet. Wenn schon ein Etikett her muß, dann könnte sie vielleicht eher die Position der "subjektiven Perspektive" genannt werden. Damit ist gemeint: Wir sind uns darüber im klaren, daß wir Teil der Gesellschaft sind - in jeder Weise und mit allen Konsequenzen. Auf der anderen Seite ist aber unsere Wahrnehmung von Gesellschaft und unser Wunsch, sie revolutionär zu verändern, abhängig von unserer subjektiven Stellung darin. Frauen haben eine andere Gesellschaftswahrnehmung, andere Unterdrückungserfahrungen und andere Widerstandsformen als Männer, Heteros/Heteras anders als Lesben und Schwule, Arbeitslose anders als JobberInnen, StudentInnen oder fest Beschäftigte, Flüchtlinge anders als ImmigrantInnen oder Deutschstämmige, Leute mit einer DDR-Geschichte anders als solche mit BRD-Vergangenheit, usw. Da wo sie Unterdrückung gemeinsam erfahren oder als gemeinsame begreifen, entsteht Raum für gemeinsame politische Bewegung. Da, wo die Interessen als gegensätzlich erlebt werden, gehen die unterschiedlichen Interessen- und Betroffenengruppen unterschiedliche Wege. Bestensfalls bleiben sie über solidarische Verhältnisse oder Bündnisse aneinander gebunden, schlechtestenfalls stehen sie sich als GegnerInnen gegenüber.

Die Unterschiedlichkeit der Ausgangspositionen läßt sich nicht einebnen, sie läßt sich auch nicht dadurch auflösen, daß auf der Grundlage von Klassenanalysen festgelegt wird, welche Widersprüche die wichtigsten sind. In Bezug auf die doppelte Konfrontation mit Kapital und Patriarchat haben wir (die autonomen Frauenzusammenhänge und ein Teil der gemischten und Männerzusammenhänge) das vor einigen Jahren ausführlich diskutiert und waren uns weitgehend einig, daß es sowas wie einen Hauptwiderspruch darin nicht geben kann. Was wiederum nicht heißt, daß sich nicht in konkreten Situationen ein Aspekt von Unterdrückung als der polarisierende in den Vordergrund schieben kann. Nachdem Rassismus als zusätzliches eigenständiges Unterdrückungsverhältnis betrachtet wird, ist die Situation noch komplizierter geworden. Und sicher ist mit den drei Dimensionen das System von Herrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung nicht endgültig und vollständig beschrieben.

Ich gehe davon aus, daß die Zeit einheitlicher Gesellschaftstheorie und einer daraus abgeleiteten einheitlichen Revolutionsvorstellung ein für alle mal vorbei ist. Das einzusehen, macht Angst, denn es scheint so, als wenn sich jetzt alles, was sich früher mal als Teil einer Bewegung begriffen hat, in kleinste Betroffenengruppen aufgliedert, die alle ihren Einzelinteressen nachgehen. Das ist aber nur der eine Aspekt; zwar wird jedes Bündnis - und alle Bewegungen können in diesem Sinne nur Bündnisse sein - von den Rissen und Brüchen unterschiedlicher Teilinteressen durchzogen bleiben. Gleichzeitig wissen wir aber, daß wir immer wieder Bündnisse suchen , "mehr werden " müssen, um überhaupt etwas ausrichten zu können. Deshalb versuchen wir, Gräben zu überbrücken, gemeinsame Interessen zu erkennen und andere auch davon zu überzeugen. Das heißt dann aber , daß die grundsätzliche Einheit nicht die Voraussetzung für gemeinsames Handeln sein kann, sondern nur das Bewußtsein, daß es im Konkreten ein mehr oder weniger langes Stück gemeinsamen Weges gibt.

Keine Theorie und keine Autorität wird uns die Frage beantworten können, was objektiv und für alle der richtige Weg zu einer revolutionäre Entwicklung ist. Was Theorie leisten kann, ist, gesellschaftliche Wirkungszusammenhänge aufzuklären. Das ist unverzichtbares Wissen für jedeN, die/der ihre/seine Situation verändern und sich deshalb mit anderen zu einer gesellschaftlichen Kraft verbinden will. In dem Moment, wo Theorien dazu benutzt werden, den für alle richtigen Weg festzulegen, werden sie zur Bevormundung, sind nur noch über Macht oder moralischen Druck durchzusetzen, erzeugen Widerstand und sind letzen Endes zum Scheitern verurteilt. Das gilt für den Marxismus, wenn aus ihm abgeleitet wird, daß die Arbeiterklasse "in allem die Führung innehaben" muß. Das gilt für Antiimperialismustheorien, wenn sie festzulegen versuchen, daß die Befreiungsbewegungen im Trikont mehr (revolutionären) Wert haben als die Selbstorganisierungskämpfe der privilegierten Metropolen-Linken. Das gilt auch für Theorien wie Triple-Oppression, wenn sie so interpretiert werden, daß jede gerechtfertigte revolutionäre Strategie von den Kämpfen der schwarzen "Unterklassen"-Frau ausgehen muß.

Dieses "muß" ist nackte Ideologie, nichts als ein Anspruch. Ich halte es für einen vernünftigen Ansatz, erstmal davon auszugehen, daß jede Person, jede Gruppe, jede Gesellschaft versucht, den Kampf für ihre Interessen so gut zu organisieren, wie sie kann bzw. wie sie es versteht. Von einem neutralen Standpunkt aus betrachtet, hätten sie alle die gleiche Berechtigung. Aber diesen neutralen Standpunkt gibt es nicht. JedeR beurteilt die Bedeutung der Kämpfe anderer aus dem Blickwinkel ihrer und seiner eigenen Interessen und setzt sich auf dieses Basis dazu ins Verhältnis. Wir, damit meine ich hier die autonomen, "weißen" Metropolen-Frauen, werden mit den "schwarzen" Frauen nur da zusammenkämpfen, wo wir davon überzeugt sind, gemeinsame Interessen zu haben. Das gilt genauso für die Bündnise mit den autonomen "weißen" Metropolen-Männern.

Die Schwierigkeit fängt da an, wo das Gemeinsame nicht so offensichtlich oder sogar infrage gestellt ist. Da haben viele gegenüber der "schwarzen" Frau wesentlich größere Skrupel, das Trennende nicht zu verleugnen als z.B. Männern gegenüber. Aber es stellt sich immer wieder heraus, daß ein gemeinsames Interesse nicht aus Opportunismus, aus schlechtem Gewissen oder dem

Bedürfnis nach begradigten Konfrontationslinien konstruiert werden kann. Es stimmt für den/die einzelneN oder es stimmt nicht, dann bricht das Bündnis, was damit begründet wird, früher oder später zusammen.

Das heißt nicht, daß die Wahrnehmung von der eigenen Interessenslage unveränderlich und unbeeinflußbar wäre. Ich kann durch theoretische Überlegungen, durch praktische Erfahrungen, aber auch durch Überzeugung von anderen zu der Einsicht kommen, daß ich bisher eine falsche Vorstellung von dem hatte, was mein Interesse ist. Ich kann zum Beispiel zu dem Ergebnis kommen, daß der Kampf gegen den gesellschaftlichen Zwang zur Heterosexualität auch für mich eine Bedeutung hat, obwohl ich mich bisher als Hetera davon nicht unterdrückt gefühlt hatte. Entscheidend ist, daß ich die Veränderung meines Interesses in dieser Frage wirklich so empfinde, nicht, daß mir einfach mehr kein Argument dagegen einfällt oder ich Angst vor Gruppendruck etc. habe. Ich habe keinerlei Verpflichtung, das einzusehen, tue mir selbst aber auch keinen Gefallen, wenn ich mich der Argumentation von anderen von vorn herein verschließe.

Überzeugen ist eine "Bringeschuld": wer andere dazu kriegen will, den eigenen Kampf zu verstärken, der/die muß es schon schaffen, diese zu überzeugen, daß der Kampf eben auch in ihrem Interesse ist. Überzeugen heißt, der/dem anderen erstmal das Recht zuzugestehen, aus eigenem Interesse heraus zu handeln und dieses Interesse dann gemeinsam zu untersuchen - und nicht Zwangssolidarität von ihr/ihm einzufordern!

Darum gibt es nach meiner Meinung überhaupt keine Alternative dazu, die Gesellschaft und ihre Widersprüche ganz bewußt aus der Perspektive der subjektiven Interessenslage heraus zu betrachten. Was eben nicht heißt, ich kreisele ausschließlich um meine eigene Person und versuche, mich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf zu ziehen. Denn jeder Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung kann sich nur zu einer gesellschaftsverändernden Kraft entwickeln, wenn er "vergesellschaftet" ist, d.h. wenn die gesellschaftliche Dimension seiner Ursachen begriffen ist und er in eine große, gesellschaftlich bedeutungsvolle Bewegung eingeflossen ist und den Charakter individueller Lösungsversuche völlig abgestreift hat. In dem Sinne ist das "Ich" und das "Wir" dieses politischen Ansatzes keine Selbstbeschränkung in der Wahrnehmung gesellschaftlicher Realitäten, sondern ihr Ausgangs- und Bezugspunkt.

Weil ich den Ansatzpunkt einer konsequent subjektiven Perspektive sinnvoll finde, bin ich der Meinung, daß wir auch bei dem Kongress von uns ausgehen sollten. (Mit "wir" meine ich hier nicht unbedingt die autonome Bewegung, sondern alle, die auf dem Kongress miteinander reden wollen.) Indem wir unsere eigenen Erfahrungen auswerten, unsere Alltagspraxis miteinander vergleichen, unsere politisch-privaten Widersprüchlichkeiten analysieren, finden wir etwas über gesellschaftliche Widersprüche insgesamt heraus. Ziel kann es dabei nicht sein, unsere Szene-Dörflichkeit in isolierten Lösungsvorstellungen in Ordnung bringen zu wollen: jedes befreite Inselchen kippt früher oder später in die Strukturen der sie umgebenden Gesellschaftsform zurück. Die Widersprüche, von denen unsere persönliche Lebenspraxis durchzogen ist, sind zwangsläufiger Ausdruck der gesamtgesellschaftlichen Widersprüche. Wir können sie nicht aufheben, wir sollten sie auch nicht augenzwinkernd tolerieren, wir sollten daraus lernen und sie als <u>einen</u> Ansatzpunkt für gesellschaftliche Veränderungen ernstnehmen. Das Desinteresse oder Mißtrauen vieler Menschen gegenüber autonomer Politik hat sicher auch damit zu tun, daß sie so selten <u>erkennbar</u> mit unserem eigenen Alltag zu tun hat.

Jetzt möchte ich noch etwas konkret zur Darstellung von "Position A" in dem Papier "Gedanken zum autonomen Kongress" sagen:

Es werden darin die Begriffe "autonom", "selbstbestimmt" und "unabhängig" gleichgesetzt. Das führt zu schwerwiegenden Mißverständnissen und entspricht auch nicht der Verwendung dieser Begriffe in Papieren, die die "Position A" vertreten.

"Autonom" stammt aus dem Griechischen und heißt wörtlich "eigen-gesetzlich", das heißt, autonome Handlungen unterstellen sich nicht einem von außen aufgezwungenen, sondern nur dem eigenen Gesetz. Mit "selbstbestimmt" ist der Begriff meiner Ansicht nach ziemlich genau wiedergegeben, aber nicht mit "unabhängig"! Denn auch wenn ich mich irgendwelchen Vorschriften, gesellschaftlichen Normen, Gruppendruck usw. widersetze, haben diese äußeren Bedingungen immer Auswirkungen auf mich. Wenn die VerfasserInnen schreiben "Der Glaube daran, daß sich der Mensch selbstbestimmt, also unbeeinflußt von gesellschaftlichen Entwicklungen entfalten könne, sitzt einem Mythos auf", kann ich ihnen nur zustimmen.

Das wäre auch gar nicht mein Ziel, im Gegenteil: Für mich steckt da gerade der entscheidende Unterschied zwischen bürgerlichem Individualismus und autonomer Kollektivität - daß die gegenseitige Abhängigkeit ganz bewußt als konstituierendes Element von sozialen Strukturen begriffen wird. Wir sind nicht frei, wir sind nicht unabhängig, weil wir uns gegenseitig brauchen! Aber wir sind auch nicht einfach nur das Produkt der Verhältnisse! Niemand, auch die Putzfrau bei Daimler nicht, der Schwarze nicht, die Frau in der patriarchalen Kleinfamilie nicht, um mich auf die genannten Beispiele zu beziehen. Am Anfang jeder Befreiung steht, sich selbst zum Subjekt der eigenen Geschichte zu machen, das heißt, sich nicht länger als Produkt der Verhältnisse, als Objekt und Opfer zu betrachten, eigenen Handlungsspielraum zu erkennen und zurückzuerobern.

Es ist wahr, daß die Bedingungen dafür sehr unterschiedlich sind. Trotzdem bleibt es niemandem erspart und wir können uns dabei nur sehr wenig gegenseitig helfen. Wir wissen (mit "wir" meine ich jetzt die traditionelle autonome Bewegung), daß wir nicht für andere Widerstand leisten können, wenn die selbst nicht wollen.

EINLADUNG

Liebe Gruppen und Projekte

Mit diesem Brief laden wir Euch ein, an dem diesjährigen **1.Mai Strassenfest auf dem Oranienplatz** mitzuwirken. Unsere Idee ist es, möglichst viele linke Gruppen, Projekte, Initiativen und Menschen verschiedener Herkunft auf die Strasse zu bringen, sich zu vernetzen auszutauschen und ein grosses, spassiges Fest zu feiern.

In einer Zeit, in der in Deutschland rassistische Mörderbanden mit staatlicher Unterstützung ihr Unwesen treiben, wo kurdischen Menschen wegen friedlicher Aktionen wie z.B. Autobahnblockaden mit Abschiebung und damit dem Tod gedroht wird, wo selbst in der europäischen Metropole ein Angriff des Kapitals auf einen großen Teil der Bevölkerung durch Arbeitslosigkeit und Streichung sozialer Leistungen geführt wird, ist es wichtig Möglichkeiten des Widerstandes aufzuzeigen.

Ein Schwerpunkt dieses Festes soll sein, diese Kämpfe zu dokumentieren und die vielfältigen Möglichkeiten von Widerstand darzustellen. Es dient außerdem als möglicher Mobilisierungspunkt für Aktionen gegen einen evtl. stattfindenden Naziaufmarsch der FAP.

Das Fest soll schon um 10.00 Uhr mit einem offenen Kiezfrühstück beginnen. Es wird ab 13.00 Uhr mindestens eine grosse Bühne geben mit mehreren Musikgruppen, Theater, Folklore und Beiträgen. Gedacht ist auch an viele Stände mit Spielen für Kinder, leckeres Essen und Trinken aus vielen Ländern, Informationen und Selbstdarstellung verschiedener Gruppen, Initiativen usw.

Was wir auf dem Fest vermeiden wollen, sind kommerzielle Stände, Plastikmüll und Blechdosen, Stände von deutschen politischen Parteien oder Sekten.

Das Fest wird alkoholfrei sein, deshalb wollen wir Euch bitten, auf den Verkauf von alkoholischen Getränken zu verzichten. Für die Klärung technischer Einzelheiten und den genauen Ablauf des Festes wird es zwei **Treffen** geben: am **Freitag den 15. 4 und Freitag den 22.4. jeweils um 19.00 Uhr im Falckeladen in der Falckensteinstr. 46**, auf das Ihr alle herzlich eingeladen seid.

Falls Ihr nicht an dem Treffen teilnehmen könnt, schreibt uns bitte, ob Ihr die Sache gutfindet und mitmacht.
1.Mai - Festkomittee c/o Heile Haus, Waldemarstr.36,10999 Berlin.

Wir bleiben Alle
Grenzen auf für alle Flüchtlinge
Für eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Knäste
gegen den rassistischen und sexistischen Alltag in der Gesellschaft

gez. 1. Mai Festvorbereitungsgruppe

Redebeitrag zur bundesweiten Demonstration am 20. April in Berlin

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen,

als Angehörige eines der verfolgten AntifaschistInnen und als deutsche Kommunistin freue ich mich sehr, daß ich hier auf dieser Demonstration, die von MigrantInnen organisiert und getragen wird, sprechen darf.

Diese Demonstration ist nicht nur ein weiterer Höhepunkt der Solidaritätsbewegung für die inhaftierten und verfolgten Antifas, sie ist vorallem auch der Ausdruck einer politischen Offensive. Ich finde es allemal besser, offensiv an diesem 20. April auf die Straße zu gehen und Stärke, Mut, Entschlossenheit und Solidarität zu zeigen, als sich passiv schützen zu lassen.

Die erste Zeit nach den Verhaftungen und den Verfolgungen im November war für mich die wohl schwerste Zeit in meinem Leben. Neben der Schikane durch die Polizei mußte ich den Schmerz der Trennung nicht nur von meinem Mann, sondern auch von Freundinnen und Freunden verkraften. Es war und ist bis heute nicht einfach, die Ungewißheit und die plötzliche Leere neben mir zu ertragen. Die Solidarität meiner Freundinnen und Freunde und meiner GenossInnen hat mir dabei geholfen.

Wir leben in einem Land, das in den meisten Fällen tatenlos zusieht, wie Flüchlinge, Frauen, behinderte Menschen, selbst Kinder vom rassistischen Mob gejagt, verbrannt, erschlagen und ermordet werden.
Im Bewußtsein der deutschen Geschichte, einer Geschichte zweier Weltkriege des staatlich organisierten Massenmordes an Juden, Schwule und Lesben, Sinti und Roma und nicht zu vergessen an KommunistInnen und anderen politischen Gegnern des Naziregimes, in Erinnerung an Auschwitz, Buchenwald, Treblinka, Bergen-Belsen und Dachau, wird es für jeden hier lebenden Menschen zur Pflicht, Widerstand gegen das braune Mörderpack und gegen Rassisten und Sexisten zu leisten.
Dafür haben die verhafteten und verfolgten AntifaschistInnen gestanden und diesen Kampf werden wir fortsetzen.

Die Polizei hat einen der verhafteten Jugendlichen zum Kronzeugen aufgebaut. um ihr Konstrukt zur Verhaftung und Verfolgung bekannter und aktiver AntifaschistInnen glaubhaft zu machen. Sie verfolgen dabei mehrere Ziele; zum einen soll der antifaschistische Widerstand von MigrantInnen kriminalisiert und zerschlagen werden, zum zweiten ist es ein Angriff auf den gesamten antifaschistischen Widerstand, und zum dritten ist es ein Angriff gerade auf die kurdischen und türkischen MigrantInnen, die internationalistisch mit deutschen AntifaschistInnen zusammengearbeitet, gelebt und gekämpft haben. Den Herrschenden ist jedes Mittel recht, selbst der Mißbrauch eines Jugendlichen zum Kronzeugen. Barethin hat sich durch sein gesamtes Verhalten selbst ins Aus gestellt. Er ist zum Verräter geworden.

Wir müssen mit der Wahrheit fertig werden, daß jedes Hoffen auf eine faire Verhandlung eine Illusion ist. In Deutschland gab es noch nie für Linke eine Schonung durch die deutsche Justiz, denn sie arbeitet in ungebrochener Kontinuität seit 1945 weiter fleißig für diesen Staat. Gerade auch deshalb ist es wichtig, sich in der Frage zu Aussagen/Einlassungen auf keinen Kompromiß einzulassen. Nach wie vor gilt die Kampange "Anna und Arthur halten das Maul".

Das Einzige, was uns wirklich voranbringt, ist eine breite, von vielen AntifaschistInnen getragene Solidaritätsbewegung, die in dem Bewußtsein leben und kämpfen muß, daß es viele unterschiedliche Herangehensweisen im antifaschistischen Kampf geben wird. Dieses Bewußtsein gilt es herzustellen und dadurch die Freiheit von Fatma, Mehmet, Abbedin und Erkan und die Rückkehr der verfolgten AntifaschistInnen offensiv und kompromißlos zu erkämpfen.

Gestattet mir zum Schluß noch einen persönlichen Gruß. Ich grüße von hieraus Fatma, Mehmet, Abbedin und Erkan ganz herzlich. Ebenfalls sende ich allen verfolgten AntifaschistInnen einen ganz lieben Gruß, und natürlich besonders meinem Mann. Obwohl es eine ganz schwere Zeit für uns alle ist, stehe ich voll und ganz hinter Dir. Ich bin mir ganz sicher, wir werden alle gemeinsam wieder leben, lachen, diskutieren und zusammen kämpfen.

Ich werde gemeinsam mit meinen Genossinnen und Genossen alles dafür tun, um Eure Rückkehr und Eure Freiheit zu erkämpfen.

Für den Kommunismus
Rot Front!
Sophia

Keinen Fußbreit den Faschisten!

Freiheit für die inhaftierten AntifaschistInnen!!!
Sofortige Aufhebung aller Haftbefehle!!!

NO PASARAN !!!

Demokonzept für die bundesweite Demonstration antifaschistischer Initiativen am 21. Mai 1994 in Berlin-
Motto: "Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes und der Selbstverteidigung von ImmigrantInnen- Eingreifen ist gerechtfertigt"

Am 21. Mai wird es in Berlin eine bundesweite Demonstration gegen die Kriminalisierung von AntifaschistInnen und ImmigrantInnen geben. Dies steht natürlich vor allem im Zusammenhang mit den verfolgten Antifas aus Berlin und dem anstehenden Prozeß gegen Fatma, Mehmet, Abidin, Erkan und Bahrin. Die Demonstration wird jedoch- wie aus dem folgenden Konzept zu ersehen ist- nicht allein eine Anti-Kriminalisierungsdemo werden.
Schon jetzt laufen bundesweit Mobilisierungsveranstaltungen (insgesamt in fast 20 Städten). Falls ihr in Euren Initiativen, Cafes usw. in Berlin ebenfalls solche Veranstaltungen machen wollt, meldet Euch unter 251 05 91 (Mo und Do 9-13 Uhr, sowie Mi ab 19.30 Uhr). Im Kreuzbüro könnt Ihr auch Plakate und Aufrufe erhalten.

Ziel der Demo:
Erstens: Wir wollen uns mit der Demonstration gegen die Kriminalisierung antifaschistischer Politik zur Wehr zu setzen. Wir wollen zeigen, daß wir mit den Verfolgten in den verschiedenen Städten unbedingt solidarisch sind. Unsere Solidarität gründet sich darauf, daß sie alle sich der rassistischen und faschistischen Grundstimmung im Land entgegengestellt haben und deswegen zur Zielscheibe staatlicher Repression geworden sind. Im Zusammenhang mit dem Thema Kriminalisierung wollen wir außerdem thematisieren, wie unterschiedlich der deutsche Staat Nazis und AntifaschistInnen behandelt. Diese unterschiedliche Behandlung soll nicht beklagt werden, sondern es sollen die Berührungspunkte von staatlichem Rassismus und faschistischer Politik aufgezeigt werden.
Wir fordern konkret die Aufhebung der Haftbefehle, die Freilassung der Gefangenen und keine Verurteilung der angeklagten AntifaschistInnen.
Wir sprechen dem deutschen Staat außerdem nach der Asylkampagne, dem Auschwitzurteil des Bundesgerichtshofs, nach Rostock usw. grundsätzlich das Recht ab, über ImmigrantInnen und AntifaschistInnen zu urteilen.

Zweitens: Über die Unterstützung von Verfolgten und den Widerstand gegen die Kriminalierungswelle hinaus, geht es uns mit der Demonstration darum, die Legitimität antifaschistischen Widerstandes für möglichst viele nachvollziehbar zu machen. Damit dies möglich ist, müssen die Grenzen antifaschistischer Militanz von uns klar benannt werden. In einer grundsätzlichen Diskussion sind wir als Vorbereitungskreis der Demonstration bei unserer Diskussion zu der Meinung gelangt, daß antifaschistischer Widerstand stärker politisch kalkuliert werden muß als in den letzten Jahren. Die Wut oder moralische Betroffenheit allein können kein Maßstab unserer Politik sein. Die Diskussion über Grenzen antifaschistischer Militanz muß ausführlicher und breiter als bisher geführt werden.

Dieser Einwand stellt in keiner Weise in Frage, daß das direkte Eingreifen gegen Nazi-Veranstaltungen und -Strukturen notwendiger Bestandteil antifaschistischer Politik ist. In Anbetracht des politischen Klimas ist es längst unumgänglich, gegen Nazis mehr zu machen als bloße Aufklärungsarbeit.
Dies wird inzwischen von vielen AntifaschistInnen, die sich selbst nicht als Linke begreifen, im Prinzip anerkannt. Sie stellen wie Ralph Giordano fest, daß der deutsche Staat kein echtes Interesse an der Zerschlagung des Faschismus hat. Zum anderen sehen viele nicht ein, warum man *"Leute, die andere ins Lager sperren wollen, demokratisch bekämpfen muß"*. Es ist also durchaus so, daß auch einer breiten Öffentlichkeit erklärt werden kann, warum antifaschistisches Eingreifen richtig und legitim ist

Für die Demonstration bedeutet das, daß nicht alle TeilnehmerInnen mit den antifaschistischen Aktionen, wegen denen im Moment ermittelt wird, bedingungslos einverstanden sein werden. Dies empfinden wir nicht als Nachteil. Die Möglichkeit zur Kritik an antifaschistischen Aktionen ist notwendig. Nur so läßt sich nämlich herausfinden, welche politischen Aktionsformen in einer breiteren Bewegung tragfähig sind. Isolierte Aktionen, die niemand versteht, nützen weder der antifaschistischen Bewegung noch der Linken. Die gemeinsame Auseinandersetzung und gegenseitige Kritikbereitschaft sind daher unverzichtbar.

Eine offene und breite Demonstration

Wir legen wert auf eine Demonstration, die sich an die Bevölkerung vermittelt. Vom Bild, vom Auftreten und von den Inhalten her muß klar sein, daß alle Menschen, die sich dem Nazi-Terror entgegenstellen wollen, an ihr teilnehmen können. Die Demonstration besitzt einen offenen, aber durch ihr Motto auch entschiedenen Charakter.

D.h für jede/n Einzelne/n sich auch klar zu machen, wie man einen offenen Charakter der Demonstration schaffen kann. Das vermeintlich "radikale", abgrenzende Auftreten, das sich die meisten autonomen Demonstrationen geben, verhindert ja gerade, daß andere Leute teilnehmen. Wir finden es deshalb wichtig, daß sich die Demonstration durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, durch Diskussionen in der antifaschistischen Bewegung im Vorfeld, aber eben auch durch ihr Auftreten (Transparente, Parolen, Verhalten) an die Außenstehenden vermittelt.

Termin: Samstag 21. Mai1994 (Pfingsten) 15 Uhr, Breitscheidtplatz

Route: durch Charlottenburg zum Gefängnis Moabit; da es nicht möglich sein wird, zu beiden Gefängnissen (also auch nach Plötzensee) zu gehen, wird für Sonntag, den 22.Mai, ebenfalls 15 Uhr eine Kundgebung am Gefängnis Plötzensee angemeldet.

Konzept: - bundesweite Demonstration, die verschiedene Ermittlungen gegen AntifaschistInnen aufgreift: gegen Gunter aus Wiesbaden, gegen die Verhafteten aus Arolsen, gegen die Verfolgten in Berlin usw.

- durch die Mobilisierung außerhalb der Szene werden wir unterschiedliche Leute auf der Demo haben; auch wenn dies wahrscheinlich die Minderheit ist, haben wir ihren Wunsch, keine Auseinandersetzungen befürchten zu müssen, zu respektieren; von unserer Seite aus wird die Demonstration nicht in Angriffen gegen die Polizei münden; wir werden das im Vorfeld öffentlich (auf Verantstaltungen und in der Pressearbeit) darstellen, damit die Demonstration politisch kalkulierbar bleibt

- die Demonstrationsvorbereitung ist zwar offen, aber kein Bündnis gewesen; wir bemühen uns jetzt, einen breiten Trägerkreis für die Demonstration zu gewinnen, und dies im Vorfeld auch öffentlich darzustellen; wir rufen alle antifaschistisch eingestellten Menschen auf, die Mobilisierung für die Demonstration am 21. Mai 1994 aktiv mitzutragen und sich am Vorbereitungskreis zu beteiligen

Redebeiträge: zu Wort kommen sollten vor allem die Betroffenen der antifaschistischen Kriminalisierung (d.h z.B Angehörige der Berliner Verfolgten, Leute aus Wiesbaden, Pinneberg oder Arolsen) sowie die Betroffenen des faschististischen Terrors (ImmigrantInnen, Behinderteninis); die Redebeiträge werden in zwei Blöcken auf einer Zwischen- und einer Schlußkundgebung gehalten werden

Flugblätter, Plakate, Vermittlung: Die Demo-Vorbereitung hat ein bundesweites Plakat (Auflage 15.000) entworfen, das im Kreuzbüro (Adresse unten) zu bestellen ist. BerlinerInnen können es sich auch in den bekannten linken Buchläden abholen. Das gleiche gilt für den vierseitigen Demonstrationsaufruf (Auflage 25.000). Unterstützt uns bitte bei der Verteilung.

Außerdem wird es wenige Tage vor der Demonstration kurze Flugblätter geben, die zur unmittelbaren Mobilisierung dienen. Eines richtet sich konkret an die AnwohnerInnen der Demo-Route, denen wir Sinn und Zweck der Demonstration erklären wollen. Dieses werden wir entlang der Route in die Briefkästen gesteckt.

Im übrigen soll auch der Lautsprecherwagen alle 5 Minuten den PassantInnen in wenigen Worten das Ziel der Demo darstellen (die politische Vermittlung unserer Demonstrationen fehlt oft)

Pressearbeit: am 13. Mai werden wir eine Pressekonferenz abhalten. Zu Wort kommen werden dort Ulla Jelpke, (die im Innenausschuß sitzt), die Demonstrationsvorbereitung, ein/e Vertreter/in einer ImmigrantInnen-Gruppe und evtl. ein von Kriminalisierung betroffener Gewerkschafter ; außerdem soll eine Pressemappe im Zusammenhang mit der Demo erstellt werden.

Veranstaltungen im Vorfeld: in den Wochen vor der Demonstration sollten, so weit möglich, Veranstaltungen für die Kundgebung mobilisieren, dort werden wir das Demo-Konzept zur Diskussion stellen. Sprecht uns an, wenn Ihr in Euren Gruppen/ Initiativen eine solche Veranstaltung machen wollt.

Im Augenblick arbeiten wir in 7 Arbeitsfeldern an der Demo-Vorbereitung:

1) Route, Anmeldung, Sicherheit der Demo
2) Redebeiträge
3) Pressearbeit
4) Plakate und Layout
5) Flugblätter
6) Lautsprecherwagen, Musik
7) Bundesweite Koordination

Die Vorbereitung ist offen. Die Vorbereitungsgruppe trifft sich mittwochs um 20.00 Uhr im Kreuzbüro/ Großbeerenstr.89/ 10963 Berlin (Nähe Möckernbrücke) Beteiligt Euch!

Freiheit für Fatma, Mehmet und Abidin!
Solidarität mit "Antifasist Genclik" und allen kriminalisierten AntifaschistInnen!
Keine Unterstützung für Verräter und Kronzeugen!
Freie politische Betätigung für AusländerInnen!

In der Solidaritätsbewegung mit den kriminalisierten AntifaschistInnen hat sich eine politische Linie durchgesetzt, die u.E. falsch ist und katastrophale Folgen haben muß. Dies wurde schon auf der Veranstaltung im Ex deutlich und setzt sich in den "Herzschlägen" Nummer 3 fort.

Wir wollen im folgenden anhand der obigen Parolen die politischen Unterschiede zwischen uns und dem UnterstützerInnenkomitee darstellen. Damit wird dann auch für Außenstehende deutlich werden, warum wir die politische Linie des UnterstützerInnenkomitees nicht länger mittragen können. Zum Schluß werden wir ausführen, was diese Entscheidung praktisch bedeutet.

1. Aussageverweigerung, KronzeugInnen und der falsche Liberalismus in der Linken

Auf der Veranstaltung im Ex hat ein Autonomer aus Frankfurt sinngemäß gesagt, für sie habe sich im Zusammenhang mit dem Startbahnverfahren der Verrat an der Frage festgemacht, wie mit den belastenden Aussagen im Prozeß umgegangen wurde. In den Herzschlägen Nr. 3 steht:

"Von Bahrettin ist uns nun bekannt, daß er die anderen Inhaftierten schwer belastet.Wir haben an seinem unsolidarischen Verhalten massive Kritik. Für uns stellt sich jetzt die Frage, wie er mit diesen Aussagen weiter umgeht, d.h. inwieweit er in der Lage ist, sich damit selbstkritisch auseinanderzusetzen. Solange nicht geklärt ist, wie er sich den anderen Inhaftierten in Zukunft und beim Prozeß gegenüber verhält, werden wir ihn nicht verurteilen und ihm die Möglichkeit zur Veränderung seines Verhaltens offenlassen" (Hervorhebung von uns).

Hierin werden die Halbheiten, die erschreckende Unklarheit und das fehlende politische Bewußtsein von - leider - großen Teilen der "Scene" deutlich, die über die Funktion von KronzeugInnen und die Notwendigkeit der Aussageverweigerung bestehen. Schlimmer noch, hier wird sogar weit hinter Positionen zurückgegangen, die schon mal bei den Autonomen erreicht wurden. Anna und Arthur haltens Maul; sollte das nur für Schönwetterzeiten gelten?

Jede Aussage ist Verrat! Die Bullen verfolgen beim Verhör zwei Ziele: Erstens wollen sie die betreffende Person kaputtmachen, indem sie sie zum Verrat zwingen. Zweitens und viel wichtiger, wollen sie Informationen erlangen, die Ansatzpunkte für weitere Unterdrückungsmaßnahmen bilden. Aus Bullensicht gibt es dabei keine unwichtigen Informationen. Deswegen kann es für uns auch keinen Unterschied zwischen "belastendenden" und "nicht-belastendenden" Aussagen geben. Moderne Aufstandsbekämpfungskonzepte bauen gerade darauf auf, kleine, "unwichtige" Informationen zu einem Gesamtbild zusammenzufügen, um so Einzelne und Strukturen fertigzumachen. Das kann mensch in den einschlägigen Bullenhandbüchern nachlesen. Weil jede Information für den Feind wichtig ist, dürfen wir ihm keine einzige geben! Das gilt für Fakten, die einm/r bekannt sind, ebenso wie für Halbwissen, Tratsch und Vermutungen. Die Preisgabe von Informationen läßt sich nicht rückgängig machen.

Wenn Verrat schon nicht rückgängig gemacht werden kann, muß mensch dann nicht den Schaden begrenzen? Soll mensch daher nicht solange irgendeine Hoffnung auf Umkehr besteht, solidarisch mit Leuten sein, die Aussagen machen? Wir halten diesen Ansatz für grundfalsch, weil er an der politischen Funktion von KronzeugInnen vorbeigeht. Er kann nur zur Lähmung und Verwirrung in der Linken beitragen.

Vorweg müssen wir die Gegenfrage stellen, wie lange mensch eigentlich warten soll? An der Startbahn wurde bis zum Schluß gewartet, und selbst dann wurde sich von fast niemand distanziert. Das UnterstützerInnenkomitee wartet bei Bahretin offenbar auf ein Wunder. Was soll der Typ eigentlich noch tun, außer unsere GenossInnen "schwer zu belasten" und den Kontakt mit der Solidaritätsbewegung abzulehnen, damit auch die Scene ihn endlich als Kronzeugen anerkennt?

Der Begriff Kronzeuge hat rechtlich eine bestimmte Bedeutung, die allerdings die Funktion dieses Repressionsinstrumentes nur unzureichend kennzeichnet. Wir verstehen unter KronzeugInnen jede/n, der/die bei Bullen oder Staatsanwalt Aussagen macht. Für uns ist egal, ob die Betreffenden rechtlich den Strafnachlaß als Kronzeuge erhalten. Entscheidend ist, daß KronzeugInnen zur Kriminalisierung beitragen.

Die politische Funktion von KronzeugInnen besteht darin, die Kriminalisierung von Menschen und Gruppen zu ermöglichen, die selbst nach dem Staatsschutzstrafrecht sonst nicht möglich wäre. Der Kronzeuge stellt als Unterdrückungsmaßnahme den Übergang vom Gesinnungsstrafrecht ($ 129a) zur offen militärischen Aufstandsbekämpfung dar, wie sie sich z.B. in Internierungen ohne Gerichtsverfahren von Verdächtigen ausdrückt. Anschaulich gesprochen: Der Kronzeuge schließt Beweislücken und ermöglicht so eine erheblich verschärfte Unterdrückung.

Im vorliegenden Fall gibt es keinen einzigen Beweis, weder gegen die inhaftierten und gesuchten GenossInnen, noch gegen die Gruppe "Antifasist Genclik". Jetzt kommen Erkan und Bahretin und verleihen den Staatsschutzkonstruktionen den Anschein eines Beweises, indem sie ihre Unterschrift unter die Vermutungen und Behauptungen der Bullen setzen. Das hat mit der Wahrheit nicht das geringste zu tun. Die Erfahrung zeigt, daß die Bullen bei Bedarf ihre KronzeugInnen auch mehrere verschiedene "Wahrheiten" erzählen lassen (so in den KurdInnenprozessen).

Da es weder den Bullen noch Menschen, die es ernst mit der Solidarität meinen, auf die Wahrheit ankommt, ist der Widerruf der Aussagen eine ziemlich unbedeutende Frage. Entscheidend in Kronzeugenprozessen ist das politische Kräfteverhältnis, und nicht unbedingt, ob der Kronzeuge seine Aussagen widerruft. Im Düsseldorfer KurdInnenprozeß wurden die Staatsschutzkonstruktionen rechtlich durchgesetzt, obwohl beide Kronzeugen völlig zusammengebrochen sind und vorzeitig aus dem Verfahren zurückgezogen werden mußten! Weiterhin ist es strafprozessual so, daß vor dem Staatsanwalt gemachte Aussagen vom Gericht als wahr unterstellt werden können, auch wenn sie später widerrufen werden! Als letztes Argument sei auf die Zeugenschutzprogramme hingewiesen. Dahinter verbirgt sich die Absicht des Repressionsapparates, zukünftig KronzeugInnen völlig von der Öffentlichkeit abzuschirmen und im Prozeß nicht mehr auftreten zu lassen. Spätestens dann ist die erhoffte innere Umkehr der KronzeugInnen für den Ausgang des Prozesses bedeutungslos.

Aus den genannten Gründen gibt es nur eine politisch richtige Haltung: Konsequente Aussageverweigerung gegenüber Bullen und Staatsanwalt. Die Frage von Einlassungen zur Sache und EntlastungszeugInnen spielt in der Regel erst im Prozeß eine Rolle, allerfrühstens ab dem Zeitpunkt der Akteneinsicht für die AnwältInnen. Wer vorher aussagt, begeht immer Verrat.

Es mag verschiedene Gründe geben, warum jemand zum Kronzeugen wird. Das spielt aber für unser Verhalten ebensowenig eine Rolle wie die Frage der moralischen Verurteilung eines solchen Tuns. Ausgehend von der Einschätzung der politischen Funktion von KronzeugInnen und den verheerenden Folgen der Aussagebereitschaft für die Linke, müssen wir unser Verhalten gegenüber Leuten, die Aussagen machen, bestimmen. Es ist für linksradikale und revolutionäre Menschen und Gruppen eine Überlebensfrage, die Linie der konsequenten Aussageverweigerung politisch und praktisch durchzusetzen. Wenn wir nicht bei einer verschärften Unterdrückung untergehen wollen, müssen wir uns von den Menschen trennen, die dies nicht klar haben. Aus Gründen des Selbstschutzes müssen wir uns offensiv von KronzeugInnen entsolidarisieren und sie aus allen linken Zusammenhängen ausschließen.

Für die Rote Hilfe heißt dies konkret, daß wir Erkan und Bahretin nicht mehr in die Solidaritätskampagne einbeziehen. Sie

2. Kritische Solidarität oder schleichende Entsolidarisierung?

In der antifaschistischen Bewegung gibt es tiefe Widersprüche über die richtige politische Linie. Diese setzen sich in der Solidaritätsbewegung fort. In einem Redebeitrag auf der Veranstaltung im Ex wurde sinngemäß gefordert, mensch müsse sich mit seinen eigenen Mordphantasien auseinandersetzen, weil mensch so Aktionen wie Kaindl eigentlich nicht billigen kann. Die MigranntInneninitiative schreibt in den Herzschlägen Nr. 3 dagegen, daß es für sie eine Überlebenspraxis sei, Nazis und ihre Nester anzugreifen.

Diese Widersprüche sind nicht neu. Auf der Demo in Hoyerswerda wurden sie zwischen türkischen und deutschen GenossInnen gewaltsam ausgetragen. Auch danach wurde der Konflikt in einer Art und Weise ausgetragen, die zu keiner produktiven Lösung führte.

Im Wissen um diese traurige Vorgeschichte, haben wir gleich nach den Festnahmen in einem Flugblatt gefordert: "Es gilt, diesem Angriff eine offensive und langangelegte Solidaritätskampagne entgegenzusetzen. Jetzt kann nicht der Moment sein, um inhaltliche Unterschiede in den Vordergrund zu rücken."

Statt bedingungsloser Solidarität mit den kriminalisierten GenossInnen werden im Moment die politischen Widersprüche in der antifaschistischen Bewegung in den Vordergrund gerückt. dem tritt das UnterstützerInnenkomitee nicht entgegen. Natürlich ist es notwendig, daß der antifaschstische Widerstand seine Strategie diskutiert. Diese Debatte hat aber in der Solidaritätsbewegung nichts zu suchen! Deswegen sind Solidaritätsveranstaltungen grundsätzlich der falsche Ort, um über Militanz und Mord zu diskutieren. Uns ist im übrigen unverständlich, warum das UnterstützerInnenkomitee diese Debatte jetzt auf einer Solidaritätsveranstaltung führt. Zu einem Zeitpunkt, wo die GenossInnen im Knast und der Illegalität sich bislang nicht zu der Kaindl-Aktion geäußert haben. Die Antifa-Bewegung hatte jahrelang Zeit, darüber zu diskutieren und hat es nicht getan. Sobald der Prozeß gelaufen ist, könnte dies problemslos nachgeholt werden. Warum muß die Debatte jetzt sein?

Es gibt politische Strömungen, die ihre Solidarität an Bedingungen knüpfen, z.B. daß die GenossInnen sich von der Kaindl-Aktion distanzieren. Im weiteren Umfeld der Scene ist die sogenannte Kritik am Mord ein häufiger anzutreffender Vorwand, mit dem die eigene Untätigkeit pseudopolitisch begründet wird. Daß es solche Stimmen gibt, kann aber für die Solidaritätsbewegung kein Maßstab sein. Wenn es Menschen in der Solidaritätsbewegung gibt, die jetzt die Debatte über die politischen Widersprüche führen wollen, so sollen sie diese außerhalb der Solidaritätsbewegung organisieren. Es wäre nichts

organisiert hätten oder auch eine eigene öffentliche Veranstaltung.

Stattdessen wurde die Veranstaltung im Ex so konzipiert, daß fast nur über die politischen Widersprüche und so gut wie gar nicht über die praktische Solidaritätsarbeit geredet wurde. Daß dabei über Mordphantasien diskutiert wurde, entspricht dem einem Politikverständnis, wonach eine ausschließlich Anti-Repressionsarbeit als zu eng abgelehnt wird. Mensch ging allerdings noch einen Schritt weiter. Viele feministische Antifaschistinnen hätten Schwierigkeiten mit deinem Mackerverhalten, wurde bezüglich eines inhaftierten Genossen gesagt. Sinngemäß wurde dieser Vorwurf ein zweites Mal gegen die Gruppe Antifastist Genclik erhoben. Diese Aussage ist ein politischer Skandal, weil damit faktisch die Entsolidarisierung betrieben wird. Natürlich ist es legitim, dieser Ansicht zu sein. Genauso wie es legitim ist, z.B. der Meinung zu sein, auf der Veranstaltung im Ex sei Staatsschutzpolitik betrieben worden. Auch unterschiedliche Meinungen müssen innerhalb der Linken legitim sein. Aber es ist doch die Frage, wie mensch damit umgeht.

Mensch kann wegen dem Vorwurf des "Mackerverhaltens" von Antifasist Genclik, den kriminalisierten AntifaschistInnen die Solidarität verweigern. Oder er/sie debattiert die Widersprüche mit den Betroffenen. Sie auf einer Solidaritätsveranstaltung öffentlich in den Raum zu stellen, ohne daß die Betroffenen sich dazu äußern können, ist kein solidarischer Umgang.

3. Zusammenfassung: Autonome Antifa-Politik oder Anti-Repressionsarbeit?

Im UnterstützerInnenkomitee hat sich die Linie durchgesetzt, die autonome Antifa-Politik betreiben will. Dazu paßt auch die Aussage auf der Ex-Veranstaltung, mensch wolle keine Anti-Repressionsarbeit machen. Ebenso die Herzschläge, wo regelmäßig viel über FaschistInnen und wenig bzw. das falsche über die konkrete Situation bezüglich der Repression drinsteht.

Wir halten diesen Ansatz für falsch und - auch aus autonomer Sicht - für überflüssig. Der Knud- und Ralf Prozeß und das Verfahren gegen Ingrid Strobl sind Beispiele, die zeigen, daß sich Anti-Repressionsarbeit sehr gut mit der eigenen Politik verbinden läßt.

Die politische Linie des UnterstützerInnenkomitees hat - zugespitzt gesagt - dazu geführt, daß es sich mit den Kronzeugen weiterhin solidarisiert und die kriminalisierten GenossInnen eher kritisiert.

Die Rote Hilfe vertritt einen anderen Ansatz. Wir halten eine Anti-Repressionsarbeit für möglich, die diesen Repressionsvorstoß in dem gesamten Zusammenhang der verschärften Unterdrückung ausländischer Organisationen sieht. Eine solche breitere Anti-Repressionsarbeit könnte entlang der Forderung nach freier politischer Betätigung für AusländerInnen entfaltet werden. Wir haben das in einem Diskussionsbeitrag im Rote Hilfe Info 1/94 ausführlich dargestellt, der über unsere Kontaktadresse weiterhin erhältlich ist.

Wir werden zukünftig die politische Linie des UnterstützerInnenkomitees nicht mehr stillschweigend mittragen. Wir sind aber weiter an einer solidarischen Zusammenarbeit und Diskussion interessiert.

Die Solidarität mit den kriminalisierten GenossInnen steht für uns außer Frage. Daher werden wir weiterhin unser Konto der Solidaritätsbewegung bedingungslos zur Verfügung stellen.

Rote Hilfe Berlin



Redebeitrag gehalten bei der Veranstaltung am 29.3.94

Zu dem Buch

L'Affiche Rouge.

Immigranten und Juden in der französischen Résistance,

von S.Courtois, D. Peschanski und A.Rayski.
Verlag der Buchläden
Schwarze Risse, Berlin * Rote Straße, Göttingen

Wir haben heute abend schon einige Grunddaten gehört über die Geschichte der MOI und der Immigration nach Frankreich vor dem 2. WK. Die Geschichte der MOI wird in dem Buch, um das es heute abend geht, ja ausführlich dargestellt. Ein Grundkonflikt zieht sich durch diese Geschichte: das Streben nach Autonomie der Sprachgruppen auf der einen Seite, und auf der anderen Seite die Zentralität der kommunistischen Partei. Es fällt heute leicht, diesen Zentralismus zu kritisieren. Aber auf der anderen Seite müssen wir doch sehen, daß die Organisation der Migranten in Sprachgruppen eine wichtige Voraussetzung für deren Widerstand war und daß diese Organisationsform ohne die Partei und ohne die Vorgeschichte der Parteikader und Spanienkämpfer gar nicht denkbar gewesen wäre.

Meine Aufgabe soll es heute abend sein, **den Bogen zu schlagen von den historischen Themen zu aktuellen Fragestellungen**, insbesondere zu den jüngsten Entwicklungen der Migration und der Migrationspolitik. Ich möchte auf einige Parallelen hinweisen, die auffällig sind, wenn wir die Flüchtlingsfrage vor dem 2. Weltkrieg mit der heutigen Situation in Europa vergleichen, um dann auf die Frage zu kommen, welches heute die Möglichkeitsbedingungen für das Überleben und den Widerstand der MigrantInnen sind. Das ist natürlich keine Frage, auf die eine rasche Antwort möglich ist, aber doch muß diese Frage angesichts der jüngeren Entwicklungen neu gestellt werden.

Es ist heute abend nicht angebracht, sich in ausführlichen historischen Exkursen zu ergehen. Aber zwei Bemerkungen scheinen mir angebracht.

Eine erste Bemerkung betrifft die **Aktualität des Antisemitismus**. In der angelsächsischen Migrationsforschung wird <von Autoren wie Aristide Zolberg oder Robert Miles> schon seit Ende der 70er Jahre darauf verwiesen, daß zwischen dem in einer Gesellschaft verbreiteten Rassismus und der staatlichen Migrationspolitik ein enger Zusammenhang besteht. Es hat sich als erhellend erwiesen, diesen Zusammenhang auch hinsichtlich der ostjüdischen Migrationsbewegungen seit den 1880er Jahren zu untersuchen, <wie dies zum Beispiel für das Deutsche Reich Steven Aschheim und Jack Wertheimer getan haben>. Sie haben nachgewiesen, daß das Zusammenspiel von antisemitischer Agitation gegen ostjüdische MigrantInnen und staatlicher Diskriminierungspolitik ein entscheidendes Merkmal des modernen Antisemitismus war. Diese Juden waren vom Äußeren her fremd, sie sprachen jiddisch, trugen Kaftan und Schläfenlocken, waren erschöpft und von Armut geschlagen. Sie bevölkerten die Straßen und Plätze der Hauptstädte, die Eisenbahnknotenpunkte und Hafenstädte; sie prägten das Straßenbild mit ihrer fremden Erscheinung ähnlich wie heute die Roma.

Diese ostjüdische Massenarmut, die nach 1881 zu hunterttausenden vor Hunger und Pogromen aus Zentralosteuropa floh, bildete jenes "unerwünschte Element", so Bismarck, gegen das sich die Deportationspolitik des wilhelminischen Staats und die antisemitische Hetze gleichermaßen richtete. Sie *"waren symbolisch und nach dem Gesetz Fremde, eine tödliche Kombination. Sichtbar und verwundbar, gaben sie ein offensichtliches und leichtes Ziel ab"* (Aschheim). Die rassistischen Stereotype, mit denen die Flüchtlinge damals belegt wurden, gleichen denen bis ins Detail, mit denen heute zuerst die Italiener, später die Türken und zuletzt die Roma und Sinti belegt wurden. Die Ostjuden wurden damit zu einer negativen Schablone für die völkische Formierung der deutschen Gesellschaft, für das, was Hannah Arendt "völkische Selbstbestimmung" genannt hat.

Wovon ich hier spreche, das gehört zur **Vorgeschichte von Auschwitz**. Hierbei kommt der staatlichen Flüchtlingspolitik eine Rolle zu, die mindestens genauso wichtig ist wie die Agitation der antisemitischen Hetzer. Es ist wichtig, dies auch in Hinblick auf die heutige Flüchtlingspolitik in Deutschland und in Europa in Erinnerung zu behalten.

Der Rassismus, der heute aus der Mitte der Gesellschaft kommt, ist Ausdruck eines Kampfs um Position und Status in der gegenwärtigen Umbruchskrise. Und dies betrifft auch die Unterschichten und die traditionelle Arbeiterklasse, die im Prozeß der Deregulierung frontal angegriffen worden ist. Dieser Rassismus korrespondiert mit der staatlichen Flüchtlingspolitik. Ob er schließlich zur Grundlage eines neuen, postkeynesianischen politischen Systems wird, so wie damals der Antisemitismus konstitutiv für eine Neuformierung der Gesellschaft war, ist noch offen. Angesichts der antisemitischen Anschläge, die in der BRD inzwischen so häufig sind wie in den Jahren, die dem Nazismus vorausgingen, muß aber gesagt werden: die-

ser Rassismus aus der Mitte ist schlimm genug, aber Antisemitismus ist ein Mordprogramm. Wer heue Antisemit ist, propagiert Massenmord und weiß, was er tut.

Ich möchte noch etwas zum staatlichen Philosemitismus hinzufügen: Er hat eine gewisse Leichtigkeit, denn es gibt ja keine Judenfrage als Flüchtlingsfrage mehr. Dieser staatliche Philosemitismus ist nur auf die Reputation im Ausland bedacht und hinter ihm versteckt sich die rassistische Flüchtlingspolitik. Ein ehrlicher Antirassismus muß sich heute an der aktuellen Flüchtlingsfrage erweisen.

Meine zweite Bemerkung zur Geschichte betrifft den **europäischen Einigungsprozeß**. Michael Marrus hat den Satz geschrieben: *"Refugees, one might argue, always arrive at the wrong time"*. Flüchtlinge kommen immer zur falschen Zeit, denn kämen sie zur rechten Zeit, wären sie keine Flüchtlinge, sondern Arbeitsimmigranten und Immigrantinnen.

Nach dem ersten Weltkrieg entstanden in Zentralost- und Südosteuropa aus dem Zerfall der Habsburger Monarchie eine Reihe von Nationalstaaten, und weil sich die dortigen Eliten bemühten, nationale Ökonomien nach völkischem Muster zu installieren, gerieten die Minderheiten, und namentlich die jüdische Minderheit, zunehmend unter den Druck der sog. "kalten Pogrome", des wirtschaftlichen Boykotts und der staatlichen Benachteiligung. Während der Druck zur Emigration stieg, wurde es immer schwieriger, ein Zielland der Migration zu finden. Ab den frühen 20er Jahren wurde auch in den USA die Immigration kontingentiert. Frankreich übernahm für einige Jahre die Rolle als Hauptzielland der Migration, jedenfalls bis 1931.

In der Zeit der Weltwirtschaftskrise aber schlossen alle westlichen Industriestaaten ihre Grenzen. Hunger und Elend stauten sich in Ost- und Südosteuropa zurück. Und auch die Flüchtlinge aus Nazideutschland, jedenfalls die ärmeren Flüchtlinge nach 1935, standen vor verschlossenen Türen, denn *"hinter den Flüchtlingen des Faschismus standen hunderttausende von weiteren Anwärtern, hauptsächlich osteuropäische Juden, die niemand durch eine großzügige Asylpolitik ermutigen wollte"* (Marrus). Das Jahr 1938 dann war das Krisenjahr der Flüchtlingspolitik: das Jahr der spanischen Flüchtlinge in Frankreich, das Jahr, in dem die Eichmann-Behörde nach dem Einmarsch in Wien Juden bei Nacht und Nebel über die Grenzen abschob, das Jahr, in dem 18000 Juden auf einmal aus Deutschland nach Polen abgeschoben wurden, und Polen wollte sie nicht aufnehmen, so daß tausende im Niemandsland zu Polen in Lagern festgehalten wurden, das Jahr, in dem sich auf der Evian-Konferenz bestätigte, daß die Judenfrage als unlösbar gelten mußte, weil es kein Land gab, das bereit gewesen wäre, jüdische Flüchtlinge aufzunehmen.

In dieser Situation wurde die Flüchtlingsfrage, und das war damals die Judenfrage, zu einem Schrittmacher der europäischen Einigung, noch bevor Hitlers Armeen marschierten und den Großraum auf deutsche Art gründeten. Ich sage es mit den Worten von Hannah Arendt:

"Man verschlechterte die Situation der Staatenlosen willentlich, um Abschreckungsmaßnahmen zu schaffen, wobei manche Regierungen so weit gingen, jeden Flüchtling kurzerhand als 'lästigen Ausländer' zu bezeichnen und ihre Polizei anzuweisen, sie dementsprechend zu behandeln. Inwieweit diese Abschreckungsmaßnahmen effektiv waren, ist schwer abzuschätzen. In den letzten Jahren vor Kriegsbeginn hatten die Polizeien der westlichen Länder alle Übersicht über die Ausländer verloren,weil die Flüchtlinge sich in die Illegalität gerettet hatten..." Die Staatenlosen wurden nun bei "Nacht und Nebel" in einem Kleinkrieg der Polizeien benachbarter Länder über die Grenzen geschmuggelt. Da die Polizei im Umgang mit den Staatenlosen außerhalb der Legalität handelte, wuchs ihr Machtbereich außerordentlich und es entwickelte sich *"in den nichttotalitären Ländern eine Form polizeilich organisierter Gesetzlosigkeit, welche auf die friedlichste Weise der Welt die freien Länder den totalitär regierten Staaten anglich"*. Schließlich waren in allen Ländern für die gleichen Gruppen Konzentrationslager vorgesehen, wenn auch die Behandlung in ihnen natürlich sehr differierte. Lange vor Ausbruch des Krieges hatte *"eine Reihe von westlichen Polizeien unter dem Vorwand der 'nationalen Sicherheit' auf eigene Faust enge Verbindungen mit der Gestapo und mit der GPU etabliert, so daß man bereits von einer unabhängigen Außenpolitik der Polizei sprechen konnte"*.

Von dieser internationalen Polizeizusammenarbeit vor dem Krieg ist es kein so sehr großer Sprung zur sog.**"dritten Säule von Maastricht"**, also der Zusammenarbeit der Innen- und Justizminister der europäischen Union, zum Vertrag von Schengen und zur Erweiterung der Europäischen Union. Denn wieder hat die Kontrolle der Migration für die westeuropäischen Kernstaaten höchste Priorität, und wieder ist sie ein Schrittmacher im europäischen Einigungsprozeß.

Für die **assoziationswilligen Länder**, von Finnland über Polen und die Tschechische Republik bis nach Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Slowenien und Kroatien ist nach dem Fall des eisernen Vorhangs die Kooperation bei der Schaffung eines Cordon sanitaire gegen die Immigration aus dem Osten und dem Südosten Europas zur ersten Nagelprobe gemacht worden. Auf der **Konferenz von Budapest** im Februar 93 wurde Europa nach Herkunfts-, Transit- und Zielländern der europäischen Binnenmigration klassifiziert und die beteiligten Länder wurden allesamt zu "verfolgungssicheren Drittstaaten" erklärt. Zugleich wurden die Grundlagen für eine internationale polizeiliche Zusammenarbeit geschaffen; die zwölf Innenminister der TREVI-Gruppe hatten schon im November zuvor ein einheitliches Vorgehen gegen die Flüchtlinge vereinbart.

In alter Tradition wurde *Polen zum Modell und Einfallstor* dieser Politik; es kursiert das Schlagwort vom "Asylprotektorat". Um den Preis der Befreiung der PolInnen von der Visumspflicht im Westen hatte Polen bereits im Frühjahr 91 ein Rückübernahmeabkommen mit den Schengen-Staaten unterzeichnet. Seither waren etwa 40 000 Menschen durch Polen in die BRD immigriert. Unter dem Druck, daß diese 40 000 auf einen Schlag zurückgeschoben werden könnten, bekräftige Polen die Rücknahme von Flüchtlingen aus der BRD im Mai 93 als bilaterales Abkommen; im Gegenzug wurden ihm 120 Millionen DM zugesagt, die vor allem dazu verwendet werden sollten, die polnischen Grenzen technisch aufzurüsten. Die Abschiebung jener 40 000 Menschen nach Polen wurde dann vertraglich ausgesetzt. Bereits im Vorfeld dieses Vertrags hatte Polen die Visumpflicht für die Staaten der ehemaligen SU wiedereingeführt, ein Devisenminimum für Einreisende aus Rumänien festgesetzt und die militärische Überwachung an seiner Ostgrenze intensiviert. Außerdem waren auf der Prager Konferenz der Transitstaaten im März 93 Verhandlungen über Rücknahmeabkommen zwischen Österreich, Ungarn, Slowenien, sowie der Tschechischen und Slowakischen Republik beschlossen worden. Mehreren dieser Staaten wurden Kompensationen in Form von Ausbildungs- und Ausrüstungshilfen für die Polizeien zugesagt.

Die **Beschäftigung mit der Flüchtlingsfrage** hat uns im Lauf der letzten 10 Jahre immer wieder deutlich gemacht, daß Migrationsprozesse einer doppelten Deutung bedürfen: einerseits als Mobilisierung von Arbeitskraft, andererseits aber und zugleich als eine Form sozialer Bewegung, als Abstimmung mit den Füßen oder als Flucht vor unaushaltbaren Zuständen. In den 80er Jahren wollte uns scheinen, als würden die Migranten aus Asien und Afrika den Kernkonflikt des Imperialismus - die Schaffung und Regulation einer "Überbevölkerung" - in die Metropolen zurücktragen, sie erschienen uns als Vorboten eines mobilisierten Weltproletariats.

Heute müßte einiges anders formuliert werden. Zum einen wurde die Immigration aus den drei Kontinenten zunehmend durch eine neuerliche europäische Binnenmigration überlagert, zum anderen ist die soziale und geschlechtsspezifische Selektivität der Migration zunehmend ins Blickfeld geraten. <Die Neuordnung Europas unter dem Auspiz der Abwehr unerwünschter Migration und die Aufrüstung der Grenzen geht nicht nur hierzulande einher mit einer offen sozialrassistischen Reformulierung der sozialen Werte. Sich heute um die Flüchtlingsfrage zu kümmern, bedeutet deshalb nicht nur, konkret für die MigrantInnen einzustehen und ihre Präsenz perspektivisch mit der hiesigen sozialen Konfliktualität zu vermitteln, sondern bedeutet von vornherein Konfrontation mit der sozialrassistischen Reorganisation der metropolitanen Gesellschaft. Daß die Fluchthilfe als Organisationsverbrechen die terroristische Vereinigung zu beerben scheint, ist nur ein vorweggenommenes Symptom künftiger Konflikte.>

Wenn heute von einem Flüchtlingsproblem die Rede ist, so ist es wichtig, sich klar zu machen, daß weit **weniger als 5% der weltweiten Flüchtlinge**, deren Zahl inzwischen bei 20 Millionen liegt, die europ. Kernstaaten überhaupt erreichen. Das sind die offiziellen Zahlen; die Zahl der durch Kriege, Katastrophen und Hunger entwurzelten Menschen wird derzeit auf mehr als 100 Millionen Menschen geschätzt, die Hälfte von ihnen Frauen, und bei dieser Rechnung kommen weit weniger als 1 % hier an. Dabei spielen die Grenzkontrollen eine wichtige, aber nicht die entscheidende Rolle; wichtiger sind die Transportkosten, die Politik der Regionalisierung von Flüchtlingsbewegungen, das Containment der Kriegszonen durch Minengürtel und, seit dem Golfkrieg, das Konzept der sogenannten Schutzzonen. Wenn also von 1 Millionen Immigranten in die BRD die Rede ist, das ist die Zahl von 1992, müssen wir in Erinnerung behalten, daß es sich im wesentlichen um eine europäische Binnenmigration handelt und außerdem, daß dieser Zahl mehr als eine halbe Million statistisch erfaßter Auswanderer gegenüberstehen, von denen absichtsvoll nie die Rede ist.

Allerdings sind inzwischen die trikontinentalen Bedingungen des Flüchtlingselends auch in Europa wieder heimisch geworden.Die ethnischen Säuberungen in **Bosnien** haben sich mit mehr als drei Millionen Flüchtlingen zur ersten Massenvertreibung in Europa nach dem 2.Weltkrieg ausgeweitet. Nur die wenigsten Flüchtlinge haben die europäischen Zentren erreicht. Die Flüchtlingskonferenzen des Jahres 1992, insbesondere jene in Genf im Juli 92, auf denen eine Kontingentierung der Flüchtlinge von allen Staaten abgelehnt wurde und stattdessen eine "Hilfe vor Ort" favorisiert wurde, zu deren Umsetzung dann keine Beschlüsse gefaßt werden konnten, erinnern in fataler Weise an die Konferenz von Evian im Juli 1938.

Die Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien haben in der BRD eine Sonderrolle gespielt. Insbesondere gegenüber den Bosniern hat der Staat zwar eine Duldung eingeräumt, er hat diese Gruppe aber zugleich **aus den sozialrechtlichen Bezügen herausgelöst** und ihre Einreise nur gestattet, wenn andere für ihren Unterhalt bürgten. Das aber entspricht genau den Intentionen der neuen Asylgesetzgebung vom Sommer 93. Denn diese Gesetzgebung zielt nur formal auf eine Verminderung der Flüchtlingszahlen - sie zielt auf eine Verminderung der offiziellen Flüchtlingszahlen. Sie zielt darauf, die Migranten aus den staatlichen Sozialleistungen auszugliedern und sie primär in den illegalen Arbeitsmarkt abzudrängen. Der Zugang soll ihnen nur versperrt werden, soweit ihre Arbeitskraft nicht gefragt ist. Es nimmt nicht Wunder, daß die Regulation der europäischen Binnenmigration nach dem Fall des Eisernen Vorhangs mit dem Deportationsabkommen mit Rumänien im November 92 begann, also daß es gegen die Roma gerichtet war, die in ähnlicher Weise als unverwertbar auf dem Arbeitsmarkt gelten wie vor hundert Jahren die Ostjuden.

Seit der neuen Asylgesetzgebung sind die offiziellen Flüchtlingszahlen in die BRD um etwa 70% gesunken. Ob sich die Zahl der **illegalen Flüchtlinge** im gleichen Ausmaß geändert hat und in welcher Richtung, weiß niemand genau. Schon vor den neuen Gesetzen sind über 90% der Migranten illegal eingereist und sie wissen nun, daß es zwecklos ist, Asylanträge zu stellen. Die Anerkennungsqoute war schon vor der neuen Gesetzgebung auf gut 2 % gesunken. Die Situation der Flüchtlinge ist unüberschaubar geworden. Ihre soziale Entrechtung und die verschärfte Immigrationskontrolle bedingen, daß sie als Einzelne der staatlichen Willkür ausgeliefert und verloren sind. Sie haben nur noch Chancen, wenn sie sich in Zusammenhängen bewegen können, in denen sie von der Fluchthilfe bis zur Organisation des illegalen Lebens in der Metropole auf vorbereitete Strukturen treffen, auf die sie sich stützen können. Derartige Strukturen gibt es bei bestimmten Ethnien und begünstigten Communities, zum Teil unter Kontrolle politischer Strukturen, zum Teil in der Hand von Mafia-ähnlichen Organsiationen. Diese letzteren fungieren, indem sie die Höhe der Fluchtgelder an den erwarteten Einkünften der Immigranten orientieren, als Zulieferer und Regulatoren des illegalen Arbeitsmarkts. Sie sind ein Faktor der Selektion der Migranten nach ihrer Herkunft und Verwertbarkeit, und ihnen dieses Feld zu überlassen, bedeutet, die Migration auf die Funktion der "Zugvögel" auf den illegalen Arbeitsmärkten zu reduzieren. Den Frauen aber, die nicht Prostituierte oder Hausdienerin werden wollen, den Kindern, den Armen und den minoritären Ethnien stehen diese Strukturen nicht zur Verfügung. Sie brauchen für ihre Flucht und für ihr Überleben organisatorische und logistische Unterstützung, bevor sie sich ihr Überleben selbst organisieren werden, wenn ihnen die Bedingungen dafür zugänglich sind.

Ich komme damit auf die eingangs gestellte Frage nach den **Möglichkeitsbedingungen für den Widerstand** und das Überleben der Flüchtlinge zurück. Es gibt Beispiele für solche Überlebens- und Kampfzusammenhänge, den Widerstand von Romagruppen gegen die Abschiebung nach Skopje, den Widerstand der Kurden, der in den letzten Tagen Schlagzeilen gemacht hat, weil es ja bekanntlich terroristisch ist, sich selbst zu verbrennen, und es gibt die BosnierInnen, von denen an die 100 000 in familiären Zusammenhängen untergekommen sind. Und blicken wir über den Atlantik, sind z.B. die 100 000 Chinesen zu nennen, die jährlich illegal in die USA gelangen und in den Chinatowns untertauchen, neben den 10 Millionen illegalen Immigranten, die in den 80er Jahren in den USA geschätzt wurden. Bei diesen Zahlen wird deutlich: Wir stehen in Westeuropa vielleicht erst am Anfang neuer Migrationsbewegungen und damit vor einer Neuzusammensetzung der Gesellschaft von unten her.

Leider sind bei den Flüchtlingsgruppen, die sich mit diesen Fragen beschäftigen, weder die Planungen für eine Kampagne gegen die Konzentration von Flüchtlingen in Lagern noch das Projekt "Fluchtburg", das sich dem Problem des illegalen Aufenthalts stellt, über die Anfänge hinausgekommen. Diese Gruppen sind auch in kleinem Kreise unter sich. An der Dringlichkeit dieser Projekte, denke ich, gibt es keinen Zweifel. Ich denke, daß das Buch, um das es heute abend geht, nicht nur die historische Bedeutung des Migrantenwiderstands in Frankreich beleuchtet und insbesondere die Bedeutung des jüdischen Widerstands im Angesicht der Vernichtung, sondern daß die Geschichte der MOI in Frankreich auch Anlaß gibt, die Frage nach der Organisation des Flüchtlingswiderstands heute neu zu stellen.

siehe auch: Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr.5 und Nr. 6 und Beiträge zur Nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Heft 11

Zum Text "Weitere Gedanken ..." zu Kaindl in: Interim Nr. 280

Da uns kein anderer Text von FrauenLesben bekannt ist, der sich überhaupt mit dem "Fall Kaindl" befaßt und darüberhinaus Fatmas Anschrift veröffentlicht, gehen wir mal davon aus, daß Ihr unseren Text meint, wenn Ihr schreibt, daß ihr es "unmöglich" findet, daß "eine Frauen- und Lesbengruppe in einem Flugblatt nur die Adresse von Fatma veröffentlicht" hat.

Aha!

1. Wir haben diesen Text nie als Flugblatt veröffentlicht. Es handelt sich hierbei um einen Artikel, der speziell für feministische Frauenzeitschriften geschrieben wurde und auch ausschließlich in solchen erschienen ist. Daß Ihr nun als gemischte Gruppe einen Text aus Zeitschriften für FrauenLesben in einer Zeitschrift für die gemischte Öffentlichkeit kritisiert, finden wir äußerst fragwürdig. Schön hätten wir gefunden, wenn Ihr Frauen unter den SchreiberInnen eine Auseinandersetzung über Eure Kritikpunkte mit uns gesucht hättet, was in Form eines Leserinnenbriefes an besagte Zeitschriften kein Problem gewesen wäre. Resonanz ist schließlich immer nett, und ob Ihr es glaubt oder nicht, gerade an dem von Euch kritisierten Punkt haben wir lang diskutiert. Schade eigentlich!
Daß Männer grundsätzlich (okay, okay - es gibt Ausnahmen ...) finden, daß Frauen Männer betreuen sollen - in diesem Fall: Briefe schreiben - haben wir schon länger bemerkt. Das ist unter anderen einer der Gründe, warum wir uns auschließlich mit FrauenLesben und als Feministinnen organisieren. Daher legen wir in dieser Hinsicht keinen großen Wert darauf, ob die Männer unter Euch SchreiberInnen was "unmöglich" finden oder nicht.
Daß Ihr "keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen" macht, glaubt Ihr ja wohl selbst nicht.

2. Unseren Artikel auf die ausschließliche Veröffentlichung von Fatmas Anschrift zu reduzieren und dieses dann auch noch aus dem Zusammenhang zu reißen, ist auch nicht grade nett. Wir haben in dem Artikel versucht, den Leserinnen unsere politische Einschätzung der gesamten Situation nahe zu bringen und sie für den "Fall" zu interessieren. Abschließend haben wir einige Vorschläge gemacht, was Frauen/Lesben zur Unterstützung beitragen könnten. Ein (!) Punkt davon, war eben Fatma zu schreiben. Abgesehen davon haben wir auch noch Werbung für die "Herzschläge" gemacht, wo die anderen Adressen sowieso drin stehen.

3. Wir haben uns als feministische FrauenLesbenGruppe bewußt in die Solidaritätsarbeit für die gesuchten und inhaftierten Antifas gestellt - Solidarität für alle, wohlgemerkt. Unser Ansatz äußert sich darin, daß wir seit Ende letzten Jahres versuchen, den "Fall" und die Kriminalisierung der Antifas einer breiteren Öffentlichkeit und hier eben vor allem einer feministischen bzw. FrauenLesben-Öffentlichkeit nahezubringen. (In diesem Zusammenhang wird im übrigen am 11.5. um 19.30 Uhr im Pelze eine Veranstaltung für Frauen/Lesben stattfinden, genaueres folgt.) Auch wir finden nämlich wie Ihr direkte Hilfe und indirekte Unterstützung wichtig und wollen, daß sich noch viel mehr Frauen und Männer daran beteiligen, die gesuchten und die inhaftierten Frauen und Männer zu unterstützen. Uns mangelnde Solidarität vorzuwerfen ist daher albern. Daß wir als Feministinnen zu Männern aber keine ungebrochene Solidarität empfinden ist ja wohl auch klar, das heißt aber nichts anderes, als daß sich unsere Solidarität in der Praxis anders ausdrückt. Daß wir uns Fatma verbundener fühlen ist kein Geheimnis.

Viele Grüße und viel Kraft für die Gefangenen und für die untergetauchten Frauen und Männer!
Besonders liebe Grüße an Fatma!

Spendenaktion

Wir unterstützen Frauen in Polen, die Opfer medizinischer Versuche im KZ Ravensbrück waren

An über 70 polnischen Frauen wurden 1943/44 in Ravensbrück medizinische Experimente durchgeführt. Unter der Leitung von Dr. Gebhard, damaliger Vorsitzender des Deutschen Roten Kreuzes, wurde die Wirkung von Sulfonamiden getestet - die Verhinderung von Infektionen bei verwundeten Soldaten war das Ziel. Es wurden Versuche zur Regeneration von Knochen, Muskeln, Nerven, Sehnen bei Transplantationen, Verletzungen und Verstümmelungen durchgeführt. 74 junge und gesunde Frauen aus dem polnischen Widerstand, als politische Gefangene in Ravensbrück inhaftiert, wurden für eine oder mehrere Versuchsreihen mißhandelt. Die Frauen leiden heute unter sehr starken gesundheitlichen Folgeschäden.

Im früheren Polen bekamen diese Frauen als Opfer des Faschismus eine Zusatzrente und eine angemessene medizinische Versorgung. Nun nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch Polens fallen diese Leistungen weg. Hinzukommt, daß die Frauen aufgrund ihrer schweren gesundheitlichen Schäden medizinische Versorgung und Medikamente benötigen. Diese sind nur gegen Devisen zu haben und - das zeigt beispielhaft den Zynismus deutscher Geschichte - oft deutsche Produkte.

Wir wollen versuchen, diesen Frauen unbürokratisch und effektiv das Nötigste an Unterstützung auf der Basis einer Spendenkampagne zu gewährleisten.

Wir sammeln Medikamente und medizinische Hilfsmittel.
Wir sammeln Geld für spezielle medizinische Behandlungen und Medikamente, für Kuraufenthalte und für Lebensmittelpakete.

Neben einmaligen Spenden sind es Daueraufträge, egal in welcher Höhe, die eine kontinuierliche Unterstützung gewährleisten.

Es leben noch 29 Frauen in Polen die Hilfe benötigen !

Unterstützungskreis für die Frauen in Polen, die die medizinischen Versuche im KZ Ravensbrück überlebten

Spendenkonto: Initiative für polnische KZ Versuchsopfer ; Gegründet von deutschen Häftlingsfrauen aus Ravensbrück und den Mitarbeitern der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück.
KontoNr.: 43 00 87 70, Stichwort: Frauen in Warschau, Sparkasse Fürstenberg BLZ 16 05 19 52

Gießen, den 1.4.1994

Presseerklärung mit der Bitte um Veröffentlichung

Am Donnerstag, dem 31.3., wurden nachmittags am Selterstor von Frauen und Lesben Transparente mit folgendem Inhalt aufgehängt:
"Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf"
"Für ein freies Kurdistan"
"Keine Abschiebung! Unterstützt den Befreiungskampf der Kurdinnen und Kurden"
Gleichzeitig wurde ein Flugblatt verteilt, das ausführlich die Situation in Kurdistan darstellt und über die politischen Hintergründe der Aktionen von Kurdinnen und Kurden in den letzten Wochen in der BRD informiert (s. Anlage 1).

Heute, am Karfreitag, wurde in der Petruskirche (Gießen, Wartweg) während des Gottesdienstes, der live im Hörfunk übertragen wurde (HR 1), eine weitere Erklärung von uns zu dem gleichen Thema verlesen (s. Anlage 2). Der Beitrag wurde von den Anwesenden mit Interesse und Aufmerksamkeit verfolgt. Er wurde vollständig vom hessischen Rundfunk übertragen.

Die oben beschriebenen Aktionen wurden von Gießener autonomen Frauen und Lesben zur Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes organisiert und getragen.



Liebe Anwesende, Zuhörerinnen und Zuhörer,

Mit unserer Anwesenheit heute hier möchten wir diesen Gottesdienst kurz unterbrechen. Viele von Ihnen werden das als Störung empfinden, aber wir haben dafür gute Gründe. Während wir hier sitzen, werden im türkisch besetzten Teil Kurdistans weiter Dörfer bombadiert, Frauen, Männer und Kinder vertrieben und ermordet. Allein im letzten Jahr wurden über 800 Dörfer von der türkischen Armee zerstört und entvölkert.
Dies alles geschieht mit der Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland. Die BRD liefert Waffen, das Fachwissen und bildet türkische Spezialeinheiten aus. Kurdinnen und Kurden, die hier in der BRD auf die Situation in ihrem Heimatland aufmerksam machen, werden hier in der BRD schon seit Jahren zu Kriminellen und Terroristen abgestempelt.
Mittlerweile leugnet niemand mehr Folterungen, Menschenrechtsverletzungen und Militäreinsätze mit deutschen Waffen in Kurdistan.
Trotzdem ergeht kein Aufschrei für eine Beendigung dieses schmutzigen Krieges gegen die kurdische Bevölkerung, kein Ruf nach einem Waffenembargo gegen die Türkei wird laut.
Aufschreie und Empörung gibt es aber dann, wenn Kurdinnen und Kurden ihren Protest auf bundesdeutsche Autobahnen tragen und Blechlawinen aufhalten.
Jetzt sollen diese Frauen und Männer in die Türkei abgeschoben werden, obwohl ihnen dort Verhaftung, Folter und Ermordung drohen.
Die Unterschriften des Türkischen Staates unter Menschenrechts- und Anti-Folter-Erklärungen sind eine Farce.

Wir, Frauen/Lesben, unterstützen die Kurdinnen und Kurden in ihrem Kampf um Selbstbestimmung und ein freies Kurdistan. Wir wenden uns gegen jede Form von Unterdrückung

Wir fordern Sie auf:
- Wenden Sie sich gegen die Abschiebung der hier protestierenden Kurdinnen und Kurden.
- Fordern Sie ein Waffenembargo gegen die Türkei.
- Boykottieren Sie das Urlaubsland Türkei. Mit Ihren Devisen werden Frauen, Männer und Kinder vertrieben, gefoltert und ermordet.

Für ein freies Kurdistan!

Zu Ihrer weiteren Information legen wir hier ein Informationsblatt hin, das Sie sich mit nach Hause nehmen können.

CHRONOLOGIE DER EREIGNISSE IN DER RIGAER 80

1. Plenum vor stiller Besetzung

Wir haben erzählt, daß wir als geschlossene ♀♀-Gruppe zwei Etagen des Vorderhauses besetzen, daß es keine gemeinsame Besetzung mit dem HH ist und nur Sachen wie Vertragsscheiße u.ä. gemeinsam mit dem HH besprochen werden.

das HH war von Anfang an dagegen, daß"nur Weiber" einziehen
- wollten keine "Emanzan-Power"
- wollten das Belegungsrecht fürs VH
- kein autonomes Projekt
- dachten an eine stille Besetzung, bei der wir nach einem Jahr ein Transpi raushängen dürften

Die ganze Zeit über kamen viele sexistische Sprüche, nach einiger Zeit aber entschieden sich N■■ und einige andere gnädigerweise, daß wir in die zwei Etagen ziehen dürften. N■■ Meinung nach wäre die Zeit zum besetzen jetzt auch ziemlich gut, und das HH hätte auch schon daran gedacht, die Wohnungen vorne zu besetzen. So lief das ganze dann auf eine Art Duldung hinaus.

Unsere Einschätzung war dann, daß wir mehr Streß mit dem HH bekämen als mit den Bullen. Ein paar Tage nach dem Plenum sind wir eingezogen, haben still besetzt. Kurz zuvor haben wir uns mit den MieterInnen des VH kurzgeschlossen und ihnen von der bevorstehenden Besetzung erzählt.

2. Plenum mit dem HH

Inzwischen war der angeblich neue Besitzer aufgelaufen und hat dem gesamten Komplex Verträge angeboten und eine mündliche Duldung ausgesprochen.
Ein Typ und eine Frau waren total dagegen, daß nur Frauen einziehen , und maßten sich an, ein Recht darauf zu haben, zu erfahren, woher wir kämen und warum wir aus anderen Häusern raus sind. Darauf gingen wir natürlich nicht ein. Wir einigten uns dann, vereinzelte Sachen wie Fascho- oder Bullenstreß gemeinsam zu verhandeln, zusammen zu reden und uns evtl. gemeindam zu verhalten. Da jedoch nicht über Verträge geredet wurde, einigten wir uns darauf, ein Vertragsgremium zu gründen. N■■ war einverstanden, dem Rest war es egal.

Die Räumung

Wir waren schon über eine Woche drin, als bei den Bullen ein anonymer Anruf wegen Einbruchs einging. Ein Typ war gerade dabei, eine Wohnung im ersten Stock aufzubohren, in die er einziehen wollte. Die Bullen nahmen seine Personalien auf. Die Bullen kamen hoch, wir waren im zweiten Stock im Hausflur. Sie fragten uns, ob wir hier gemel¨et seien. Als keine Antwort kam, zerrten sie uns die Treppen runter. Wir mußten später unsere Sachen raustragen, mit jeweils einem Bullenschwein im Schlepptau. Sie beschlagnahmten unser gesamtes Werkzeug und versiegelten die Türen mit Vorhängeschlössern. (Der Typ bekommt eine Anzeige, von einer Frau fanden die Bullen den Paß)

Nach der Räumung versuchten wir harauszubekommen, wer uns denunziert hatte. Zusammen mit N■■ stellten wir Spekulationen an (alter oder neuer Besitzer, Ladenbesitzer), die uns aber nicht weiterbrachten. Wir beschlossen, wieder reinzugehen, vorher jedoch eine Stahltür einzubauen. Wir teilten unsren Entschluß dem HH auf ihrem Plenum mit, sagten, daß wir offensiv vorgehen wollen, daß es Bullenstreß geben könnte. Vom HH gab es kein Interesse, darüber zu reden.

Während der Bauarbeiten für die Stahltür standen ständig Typen vom HH rum, ließen Sprüche ab und bestanden darauf, die erste Stahltür selbst einzubauen. Als nächstes wollten sie Schlüssel auch von der zweiten Stahltür haben, um kontrollieren zu können was im VH abgeht, was ihnen aber verweigert wurde.

Die MieterInnen waren zum Zeitpunkt der Fertigstellung der 2. Stahltür nicht anwesend, sodaß sie erstmal keine Schlüssel hatten. Es haben aber vorher Gespräche mit Ihnen stattgefunden, in denen ihnen die Situation erklärt wurde (Bullenstreß) und Schlüssel natürlich zugesichert wurden.

Für die Besetzung haben wir FrauenLesben im Kiez mobilisiert, um uns zu unterstützen. Gemeinsam haben wir diskutiert, wie wir uns die Besetzung vorstellen und wie wir uns bei einer eventuellen Räumung verhalten könnten.

Am Sonntag sind wir in die Wohnungen wieder reingegangen.

Irgendwann lief dann der Mieter aus dem 4. STock auf, der alle paar Monate mal kommt, um nach seiner Wohnung zu sehen. Er hatte schon die Bullen gerufen und wollte, daß die Stahltür verschwindet Da wir die Situation rechtzeitig erkannt hatten, mußten die herbeigeeilten Bullen wieder abziehen.

Wir schätzten die Situation so ein, daß die Bullen versuchen würden, uns zu räumen. (Montag)

betr. Mieterin
a s die von dem Mieter gerufenen Bullen kamen, machten wir die Türen dicht, so daß kein rein- und rauskommen möglich war. In dieser Situation kam die Mieterin. Es wurde ihr erklärt, daß es in dieser Situation nicht möglich ist, die Barris zurückzunehmen, daß es für sie aber eine andere Möglichkeit gibt, in ihre Wohnung zu kommen. Das wollte sie aber nicht, sondern ging wieder in eine andere Wohnung.

Am Dienstag wurde nocheinmal ein Plenum mit dem HH einberufen, um abzuklären, was unsere Vorstellungen der Verteidigung bei einer Räumung wären. Vom Hinterhaus wurde vorher schon erzählt, daß wir vorhätten, uns militant zu verteidigen, N■■ brachte das Gerücht in die Nachbarhäuser, wir hätten dort unsere Sachen abgebunkert, u.ä. Scheiße.

4. Plenum mit HH

Beim Plenum kam rüber, daß das HH auf keinen Fall eine militante Verteidigung des VH wollte, wir sollten uns lieber 10 mal raustragen lassen, beim 11. Mal hätten die Bullen dann keinen Bock mehr.

Angeführte Gründe vom HH waren.
- Sie hätten schon eine 4-jährige Geschichte, von der wir keine Ahnung hätten und wir würden alles zerstören.
- Wir würden sie und die anderen Häuser in der Rigaer Straße (77, 78, ...) gefährden.
- wir ziehen egoistisch unser Teil durch
- es gibt keine Möglichkeit, den Staat zu bekämpfen, man muß sich irgendwie arrangieren.
- wir sollten woanders besetzen, dann würden sie uns unterstützen.

Es war unmöglich, auf dieser entpolitisierten, konterrevolutionären Ebene eine Diskussion zu führen, geschweige denn einen Konsens zu finden (z.B. "Bullen machen auch nur ihren Job").
Ein Typ wollte darüber abstimmen, ob wir uns aus dem Haus verpissen müßten.
Das HH beschloß dann, sich bei einer Räumung von uns zu distanzieren.

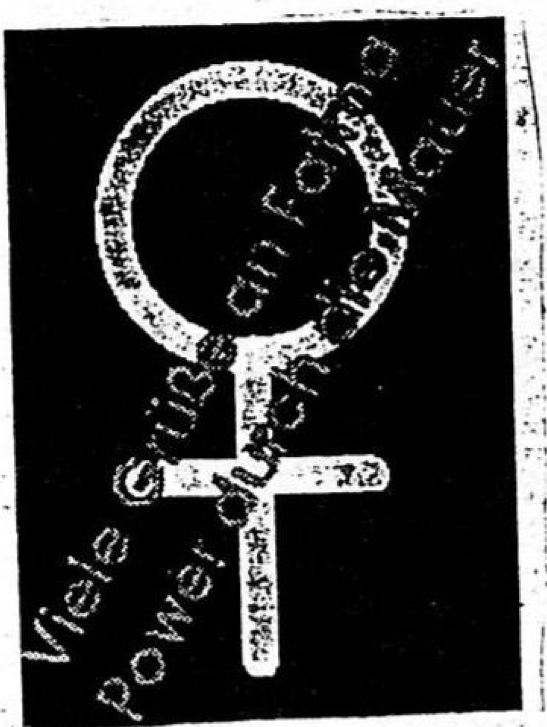
In der selben Nacht, gegen 2:00 Uhr, wurde eine Frau vom HH zu uns geschickt, um zu fragen, ob wir unsere Verteidigungsstrategien geändert hätten, was wir natürlich verneinten. Die Frau trug unsere Antwort auf das HH-Plenum, das zu dieser Zeit stattfand. Es waren nur ca. 6 Personen anwesend, von denen einige beschlossen, uns zu räumen. Am nächsten Morgen war unsere Dachluk zerstört.
Am Nachmittag flexte N■■ mit Unterstützung von 7 Typen und 2 Frauen die 2. Stahltür auf. Vorher hatten sie gemeinsam mit dem Ladenbesitzer die 1. Stahltür ins HH getragen. Zwei Frauen, die N■■ vom flexen abhalten wollten, wurden brutalst daran gehindert.

Wir lösten die Infokette aus, worauf viele Leute aus dem Kiez ankamen. Daraufhin verpisste sich N■■, um ein Hetzflugblatt über uns zu schreiben, das er im ganzen Kiez verteilte.

Inzwischen ist die 1. Stahltür wieder verschwunden.

Wir beriefen für Samstag ein Kiezplenum ein, im X-B-Liebig. Jemand vom HH änderte eigenmächtig den Termin, der an der Tafel stand.
Das Kiezplenum fand dennoch am Samstag statt. Das Plenum beschloß, daß die 10 an der Flexaktion Beteiligten in Friedrichshainer Strukturen und Kneipen nichts mehr zu suchen haben und bei einer weiteren Aktion gegen die Frauen im VH aus dem Haus fliegen.

Sonntag, 17.04.94
Die Besetzerinnen




Flüchtlingsrat
Rundbrief 17/18
Februar / März '94

Abschiebung hat System

Dokumentation des Medienbüro Oldenburg

VORBEMERKUNG

ANMERKUNGEN DES MEDIENBÜRO OLDENBURG

KAPITEL 1 ASYLRECHT 1

KAPITEL 2 ZURÜCKSCHIEBUNG GRENZE / FLUGHAFEN 21

KAPITEL 3 ABSCHIEBUNG 29

KAPITEL 4. KINDER UND JUGENDLICHE ABSCHIEBUNG + ABSCHIEBUNGSHAFT 49

KAPITEL 5: ABSCHIEBUNGS-KNAST 61

ANHANG: EUROPA: AKTIONSPLAN GEGEN FLÜCHTLINGE 83

Am 16. April fand im X-B-Liebig in Friedrichshain ein offenes Kiezplenum statt, an dem ca. 40 Leute aus zahlreichen Friedelhainer Häusern und anderen Kiezen teilnahmen. Anlaß waren die Angriffe von BewohnerINNEn der Rigaer 80 HH auf das FrauenLesben-Projekt im Vorderhaus (Ausführliches siehe Chronologie).

Nach fünfstündiger Diskussion haben wir folgende Beschlüsse gefaßt:

- Die 10 beteiligten Leute aus dem Hinterhaus werden aufgefordert, aus dem Kiez zu verschwinden.
- Sie sollen im Kiez isoliert werden und keinen Zugang mehr zu unseren politischen und kulturellen Zusammenhängen bekommen (Kneipen, Plena,...).
- Die 10 haben alles zu unterlassen, was auf irgendeine Weise von den FrauenLesben im Vorderhaus als verbale oder tätliche Bedrohung aufgefaßt werden kann.
- Sie fliegen (auch gegen ihren Willen) aus dem Haus und aus dem Kiez, sobald der geringste Anlaß dafür bekannt wird - seien es sexistische Sprüche, Intrigen, Angriffe oder anderes gegen das VH.

Die FrauenLesben aus dem R 80 VH hatten zu Beginn des Plenums gefordert, daß die 10 sofort aus dem Kiez rausgeworfen werden. Nach langem Hin und Her haben wir uns dennoch dazu entschlossen, die 10 erst mal aufzufordern, selbst zu gehen und sie im Kiez zu isolieren. Der sofortige Rausschmiß war nicht konsensfähig. Unsere Beschlüsse haben wir dem R 80 HH nach dem Plenum dann mitgeteilt.

Seit dem Beginn der Vorderhaus-Besetzung, die mit den anderen aus der R 80 abgesprochen war, kamen aus dem HH immer wieder sexistische Sprüche und abfällige Bemerkungen über die Ziele des VH-Projektes. Als sich die BewohnerINNEN von VH und HH in Diskussionen nicht einigen konnten, ob eine offensive Besetzung und Widerstand im Falle einer Räumung zulässig sind, wurden vom HH die Dachluke des VH aufgeflext und deren Treppenhausbarris abgebaut. Damit wurden bewußt Schutzanlagen gegen Räumung, Faschoangriffe etc. zerstört.
Für uns ist klar, daß die Gründe für die Angriffe in der Ablehnung des FrauenLesben-Projektes und in der egoistischen Angst um den eigenen Arsch liegen. Die Leute im HH fürchten, in eventuellen Bullenstreß hineingezogen zu werden und wollen die FrauenLesben deswegen raushaben.

Wir werden dieses Verhalten nicht tolerieren und fordern alle auf, sich mit den FrauenLesben zu solidarisieren. Kommt im Falle einer Mobilisierung massenhaft nach Friedelhain, schaut auch so mal vorbei !!!

Von den Leuten im HH, die an den Angriffen nicht beteiligt waren, erwarten wir nach wie vor, daß sie sich öffentlich zu dieser ganzen Sache äußern. Vor allem dazu, wie sie in Zukunft mit den 10 Leuten umgehen wollen, die sich zu den Angriffen bekennen.

16. April

BuWaLei bezwungen - Zulassung errungen

****

Weil ER Angst vor der Massenbewegung der Unregierbaren hatte, die die freiheitlich-demokratische Unordnung in ihren Grundfesten erschüttern wird, sah ER keinen Ausweg mehr. Darauf entschloß ER sich, DIE UNREGIERBAREN/AUTONOME LISTE zur Europawahl zuzulassen, und dachte sich, unseren Protest zu kanalisieren. Doch das hat ER sich so gedacht !

Jetzt sind wir auf der Suche nach der Massenbewegung, die an der freiheitlich-demokratischen Unordnung rütteln will. Also herzliche Einladung zu den beiden Treffen:

* Erste VV 22.4./19.00 h
* im Mehringhof Versammlg.-
* raum od. Blauer Salon

Zweite VV 30.4./14.00 h *
im Bloody Count / Køpi *
Köpenicker Str. 137 *

Bis dahin erkundigen wir uns nach den genauen Möglichkeiten in Berlin. Denkt dran : Der Antritt zur Wahl ist kein Selbstzweck, er lebt nur von eurer Mitarbeit!
Treten wir mit unseren Inhalten gemeinsam an die Öffentlichkeit! Das Ganze soll nicht eine weitere Partei profilieren, sondern ist für zwei Monate Mittel zum Zweck der Propaganda !



Strömet zuhauf !
Schlagsahne für alle !
Kampf dem Verbalradikalismus !

Wahlen ändern nix, organisiert euch selbst !

Flugblatt zum Abschluß des Streiks bei Air France

Frohes Fest

Diesen, von den Streikenden bei Air France verfassten Text, haben wir stellvertretend für die vielen Kämpfe reingenommen, die in Frankreich aufflackern.

♪ Liebling, du machst mir Angst! ♪

Regierung und Gewerkschaften mußten ihre Lehren aus dem Streik bei Air France ziehen und geben nur noch einen einzigen Schrei von sich: Nie wieder so was! Die Regierung hat ihre Privatisierungspläne bei France Telecom und EDF GDF (vorübergehend) zurückgezogen. Die Gewerkschaften organisieren in einem Sektor nach dem anderen Aktionen wie die Demonstration der 30.000 Beschäftigten bei EDF GDF in Paris am 23.10.93, um den Druck auf die Regierung zu erhöhen. Die CGT macht den ganz schlauen Vorschlag (siehe das Flugblatt bei Air France vom 10.12.93) einer Beteiligung an der Unternehmensleitung (d.h. Stellen für Bürokraten, die die kapitalistische Logik akzeptieren)!
Ihre Beunruhigung ist verständlich: was bei *Air France* begonnen hat, setzt sich in der Gesellschaft fort, und selbst hier geht es weiter: ein Beleg dafür ist der Streik der Reparaturleute in Orly, der den ganzen November über anhielt und erst Anfang Dezember endete.

♪ Die Rückkehr der Peitsche ♪

Die Einsetzung von Blanc bei *Air France* ist kein Zufall, sondern steht im Gegenteil in der Kontinuität seiner Verdienste bei der RATP nach den Streiks von 1988. Während der Konflikts fielen die Instandsetzungsarbeiter bei der Metro (Fontenay, Boissy, etc.) wegen ihrer Kampfbereitschaft und ihrer Kampfmethoden besonders auf: nach einer Woche waren nur 10% im Streik, die restlichen 90% legten zusammen, um den Lohn für die Streikenden zu zahlen (die alleine die Werkstätten lahmlegen konnten), und es waren immer wieder andere, die mit dem Streik fortfuhren. So konnte die Bewegung länger als gewöhnlich andauern.
Das war für die Direktion nicht tragbar, und sie reagierte: zuerst versuchte sie zu spalten (unmittelbare Repression war nicht möglich), indem sie einige Arbeiter in Verantwortungspositionen an Stelle von inkompetenten Chefs befördern wollte, aber vor allem versuchte sie die Basis der Arbeitermacht zu untergraben: ihren Platz in der Produktion, der es ihnen ermöglicht, das Unternehmen lahmzulegen. Die Auslagerung gewisser Tätigkeiten (wie es bei der SNCF bereits gemacht wird), die Dezentralisierung vieler Arbeiten und die Durchleuchtung des Arbeiterwissens durch Informatiksysteme (ist sehr teuer, was den Unternehmer-Elan im Moment noch etwas bremst).
Die Krönung der Aktion ist die Infragestellung des Streikrechts im Namen der Aufrechterhaltung eines minimalen Notdienstes, an dem sich Blanc die Zähle ausgebissen hatte.
Dieselbe Aktion will er jetzt bei Air France durchführen.
Wir sind gewarnt ... lassen wir es nicht zu.

♪ Paßt auf! Feind hört mit! (altes Lied) ♪

Die Fernsehstationen, vor allem FR 3, haben korrekt über den Streik berichtet: Interviews mit gewerkschaftlich organisierten und nicht organisierten Streikenden, Bilder über die Zusammenstöße mit ausführlichen Berichten über die Polizeigewalt. Aber genau das macht die Rolle der Medien noch heimtückischer: zahlreiche Streikende, selbst maskierte, sind für die Poliei identifizierbar; die Berichte über die Diskussionen am 25.10.93 über die Wiederaufnahme der Arbeit gingen ausführlich über die verbalen Auseinandersetzungen.
Eine der Stärken der Bewegung war ihr Vertrauen in sich selbst und die Öffnung nach außen. Man braucht nicht in Paranoia zu verfallen, aber ein gesundes Mißtrauen gegenüber den Journalisten (auch wenn sie den Eindruck erwecken, korrekt zu sein), schadet nie. Man muß der Direktion nicht unbedingt die Waffen liefern, mit denen man sich schlagen läßt. Zumal die Reparaturleute während der Besetzung die Büros ihrer Direktion durchwühlten und dabei Dossiers mit Beschattungsberichten, Aufnahmen, Photos und Details aus dem Privatleben der bekannten Militanten fanden.

Schindler lebt!
Der "gute Deutsche" rät:
Zwangsarbeiter sind billiger als Polen.
3,- DM pro Stunde
Rettet die SozialhilfeempfängerInnen
Nähere Informationen erhalten Sie beim BKA, Kreativhaus, Tacheles, Pfefferberg, AGB, DRK, Baerwaldbad, Blindenanstalt in der Oranienstraße, Unionshilfswerk, Museum für Verkehr und Technik, Finanzamt, Gartenbauamt, Kulturbrauerei, Haus der Demokratie.............. oder bei dem Sozialamt in Ihrem Bezirk.
Think positive!
V. i. S. d. P. O. Schindler Sozialmanagement, Argentinische Allee 1, 14163 Berlin

♪ Die Internationale (nicht zu vergessen) ♪

Die Bewegung bei *Air France* hatte nicht nur positive Auswirkung in Frankreich, sondern auch im Ausland. Es gab zahlreiche Streiks bei verschiedenen Luftfahrtgesellschaften: *Austrian Airlines* (der erste Streik seit 40 Jahren!), TAP, QUANTAS, *American Airlines* (mit Intervention Clintons nach 12 Streiktagen um Verhandlungen zu erzwingen), SABENA (wo die Arbeiter verweigert haben, gegen uns die Gelben zu spielen).. usw.
Das belegt, daß alle Beschäftigten in allen Ländern dieselben Interessen in den Kämpfen haben: jeder Sieg hier ist ein Sieg auch anderswo und umgekehrt. Der allgemeine Rückschlag der Arbeiter der Luftfahrtgesellschaften, der 1981 mit der Entlassung von 30.000 Fluglotsen durch Reagan, um deren Streik zu brechen, begonnen hatte, ist hier am 24. Oktober zu Ende gegangen. Diejenigen, die uns auf die Interessen des Unternehmens wie auf den Nationalismus (Französische Arbeit!) festschreiben wollen, sind unsere Feinde.

♪ Verhandlungen (zu oft gehörter Refrain) ♪

Jede konnte feststellen: 15 Tage Streik haben mehr bewirkt als Jahre von Gewerkschaftsgewäsch, idiotischen Aktionstagen und Verhandlungen mit der Direktion. Dennoch gab es viele Vorwürfe an die Direktion, uns nicht zu den »Reformen« gefragt zu haben, die zur Rettung der Fluggesellschaft eingeführt werden sollten.
Wir sagen nicht: Streik um jeden Preis, wir sind keine Verfechter von selbstmörderischen Aktionen: in gewissen Momenten muß sich die Bewegung zurückziehen, um von neuem und besser loszulegen. Was die professionellen Händler Verhandlungen nennen, ist nichts anderes als eine Momentaufnahme des Kräfteverhältnisses zwischen Beschäftigten und Direktion. Ein Kräfteverhältnis, daß die Kontrahenten entweder in Frage stellen oder ausbauen wollen. Der einzelne Unternehmer kann dabei auf die Unterstützung seinesgleichen und des Staates bauen; er profitiert von der Zentralisierung der Entscheidungen viel mehr als die Beschäftigten, die bereits im Betrieb, aber vor allem außerhalb isoliert sind.
Was von den Bewegungen bleibt, sind nicht die beschränkten und zeitlich begrenzten konkreten Verbesserungen, sondern die Erfahrung unserer Kraft in gemeinsamen Aktionen: wieder miteinander zu sprechen, sich kennenzulernen, die Bleiweste der Langeweile und der alltäglichen Resignation zu lüften; all das, was wir brauchen, um uns unsere Lebensbedingungen wieder anzueignen und sie nicht mehr nur zu ertragen.

♪ Und nun? ♪

Die besonderen Bedingungen bei *Air France* erlaubten der Bewegung, daß wir zugleich unsere Möglichkeiten wahrnahmen (aktive Solidarität, kollektive Aktion usw.), aber auch die Hindernisse bewältigten: die Rolle der Gewerkschaften, die Identifikation mit dem Betrieb, die Angst vor der Leere, die sich vor uns auftat: keine Neuauflage des Kapitalismus, sondern die Einführung einer anderen Gesellschaft.
Jede weiß, daß das auf der Tagesordnung steht. Wie der Streikende von Fret Roissy (der auf FR3 interviewt wurde), moralisch voll auf der Höhe, der erklärte, »daß bis zur Bezahlung der Streiktage weitergemacht werden muß«. Auf die darauffolgende Frage des Journalisten: »Und danach, wenn sie das erreicht haben?«, antwortete er: »Wir werden weitermachen.« Viele wissen, daß es der Kampf ist, der sich auszahlt, weil er uns zusammenbringt, uns vereint und den Gegner zurückdrängt, vorausgesetzt, wir schalten in den nächsten Gang. Sonst werden wir sicher geschlagen und demoralisiert.

Die Meuterer auf der Bounty
Flugblatt Nr.5, 14.12.93

In letzter Zeit sind sehr wenig Gedächtnisprotokolle bei uns - dem Ermittlungsausschuß - eingegangen. Auch die Zeugenaufrufe (z. B. in der taz) stoßen auf wenig Resonanz.
Für die Festgenommenen können Gedächtnisprotokolle von großer Wichtigkeit sein. Die Protokolle werden nur von uns (den Leuten vom EA) und evtl. von den zuständigen AnwältInnen gelesen und sind ansonsten niemandem zugänglich.
Am besten ist es, die Protokolle bei uns vorbeizubringen (evtl. auch per Post zu schicken!):

Adresse ist: Ermittlungsausschuß
Mehringhof
Gneisenaustr. 2a
Tel: 692 22 22
Dienstags von 20.00 bis 22.00 Uhr

Wie, warum und wann schreibe ich ein Gedächtnisprotokoll?

Du hast einen Polizeiübergriff (Festnahme, Verletzung...) beobachtet und jetzt stehst du vor der Situation, ein Gedächtnisprotokoll zu schreiben.
Wir wollen dir einige Tips geben, die dir diese nicht ganz einfache Aufgabe etwas erleichtern sollen. Du sollst wissen worauf es ankommt.
Für dich ist das Protokoll wichtig, um dich, falls du später als Zeugin im Prozeß auftreten sollst besser erinnern zu können.
Für uns ist das Protokoll wichtig, um 1. die festgenommene Person herauszufinden und 2. vielleicht durch Personenbeschreibungen andere ZeugInnen zu finden und 3. einen Gesamtüberblick zu erlangen.
Das alles kann in einem möglichen Verfahren sehr wichtig werden. Du solltest dein Protokoll also nach diesen Aspekten verfassen.
Außerdem gibt es bestimmte Daten, die du versuchen solltest dir zu merken, bzw. sie dir wieder ins Gedächtnis zurückzurufen:



1. Ort der Festnahme, bzw. Mißhandlung
2. Zeit, versuche möglichst die genaue Uhrzeit zu behalten
3. eventuell die Autonummer der Wanne mit der jemand weggefahren wurde bzw. aus der die beteiligten Bullen stammen.

Ansonsten stelle dir bevor du mit dem Schreiben anfängst folgende Fragen:
Wie war die Situation vor dem eigentlichen Ereignis? Wie sieht die betroffene Person aus (Klamotten, Alter, Größe, Haare, Geschlecht)?
Hast du den Namen mitgekriegt? Wieviele Bullen (-frauen) waren beteiligt? Welche Ausrüstung hatten sie (Zivis, Uniformierte, kurze oder lange Knüppel...)? Welcher Einheit gehörten die Bullen an (das erkennst du an dem Buchstaben und der Zahl auf dem Helm und den Autos)?
Wieviele Personen standen drum herum? Wie sahen die aus? Kennst du die Namen? Gab es dort auffällige Personen (grüne Haare, gelbe Hose...)?

THOMAS MARGELIK
R. HINRICH HINRICHS
RECHTSANWÄLTE

82467 Garmisch-Partenkirchen
Olympiastraße 12 (neben Landratsamt)
Telefon 08821/3077
Telefax 08821/58344
Postgiro München 2349 20-805 (BLZ 700 100 80) · Commerzbank Garmisch 1608 777 (BLZ 700 400 41)

Rechtsanwälte Margelik und Dr. Hinrichs, Olympiastraße 12, 82467 Garmisch-Partenkirchen

An
Interim e.V.
Gneisenaustraße 2 a

10961 Berlin

den 5. April 1994

H/A-138/94

per Einschreiben
mit Rückschein!

Sehr geehrte Frau Schulz!

Herr Walter
Korbacher
jun.,

hat uns mit der anwaltlichen Wahrnehmung seiner Interessen beauftragt.

Unser Mandant wurde in Ihrer Sonder-Nr. von Nov. 93 als Abonnent der " Junge Freiheit " in Form der von Ihnen vorgenommenen Veröffentlichung der Abo-Datei der Jungen Freiheit dargestellt.

Unser Mandant ist weder Abonnent dieser Zeitschrift, noch hat er das Geringste mit ihr zu tun. Er muß durch Ihre Veröffentlichung nicht nur Nachteile als angeblicher Rechtsextremer, sondern in dieser angeblichen Eigenschaft Racheakte Ihrer Sympathisanten gewärtigen.
Wir machen die Schadenersatzansprüche unseres Mandanten daher dem Grunde nach geltend und fordern

Sie auf, dieselben unverzüglich, spätestens bis zum 15.4.1994 anzuerkennen.

Ferner fordern wir Sie auf, in der nächsten Ausgabe Ihrer Zeitschrift eine Gegendarstellung des Inhalts zu bringen, daß unser Mandant kein Abonnent der " Junge Freiheit " ist und auch sonst nichts mit dieser Zeitschrift zu tun hat.
Bitte teilen Sie uns innerhalb der vorbezeichneten Frist mit, wann Ihre nächste Ausgabe erscheint, und weisen Sie und die Gegendarstellung innerhalb einer Woche seit Erscheinen nach.

Bei Nichteinhaltung dieser Fristen müßten wir unserem Mandanten die Inanspruchnahme gerichtlicher Hilfe empfehlen.

Auszüge aus dem Funkprotokoll vom 9.4.1994, bundesweites Treffen der FAP und der Anti-Antifa auf der Insel Lindwerder in Berlin

Südwest :"Haben sie zu dem Bus, mit dem die (=FAP und Anti-Antifa, Anm.d.Verf.)nachher abfahren mal das Kennzeichen? Wir haben gerade Brandenburg am Draht."

Senta 301:"Es handelt sich um ein Göttinger Kennzeichen und ich komme in Kürze mit der genauen Folge."

Amsel 45:"Der Bus steht hier bei uns (!).Ich kann ihnen das Kennzeichen geben:Göttingen, denn Julius Anton 232."

Otter 190:"Senta 301, sie haben sicherlich mitgekriegt:der Shuttle-Service wird jetzt aufgenommen."

:"Ihnen zur Kenntnis:unsere Personengruppe (Linke,Anm.d. Verf.) hat sich ,in Anführungszeichen, mehr oder weniger aufgelöst. Habe jetzt praktisch noch 8 Personen am Postfenn in Bewegung und die Personen Heerstr. Nebenfahrbahn Richtung Charlottenburg in Bewegung, Kräfte dran."

Senta 301 :"Verstanden."

Senta 301 an

Biwak2 :" Biwak2:50% zum abgesprochenen Bereitstellungsort und 50% an der Kontrollstelle Grunewaldturm belassen. Der dortige Auftrag: Unterstützung der Kontrollstelle."

Amsel 35:" Ja, der freundliche Mensch mit der Kapuze , bzw. der mit dem Käppi, der spricht uns an und sagte, er würde ganz gern auf die Autobahn und dann Richtung Heimat fahren, also nicht mit dem Shuttle-Dienst. Was machen wir denn nun mit denen denn?"

Amsel 2 :"Ja, das ist aber nun nicht unser Problem, eigentlich."

Amsel 35 :"Ja, ist gut. Dann führen wir sie Bundesautobahn-Auffahrt Nikolassee.Das reicht denen und dann fahrn`se uff der Avus in alle Richtungen weg."

Amsel 2 :"Jenauso sieht det aus."

Amsel 50:"Lage aus unserer Vorkontrolle :keine relevanten Personen (Linke,Anm.d.Verf.) mehr erkennbar"

Otter 190:" Der 190 hört"

Otter 192:" Ja, der 192 würde sich anbieten Richtung Dreilinden, über Dreilinden hinaus Richtung Babelsberg, ma Kieken wat da so anner Strecke los is. Weil, da an dem Grenzübergang, da sind ja nun ooch Steine und det würde sich ja anbieten."

Otter 190:"Ne, bleibt mal noch bitte im Bereich, passiert demnächst was."

Otter 192:"Ja, jut, wir bleim`hier und warten."

:"Otter 190, auch zu ihrer Information:die Brandenburger haben Kenntnis und klären selbst auf."

Otter 190:"Ja, Otter 190 hat mit."

Otter 192:" 92 dito."

Lampe 75 an

Senta 301:" Ja,jetzt hier auf dem Parkplatz vermehrte Ansammlung von Rechten, die sind wohl,äh, is`hier grad ne Fähre eingetroffen. Der Bus ist hier auch eingetroffen, der Reisebus, jetzt erstmal abwartende Haltung und wir nehmen doch mal an, die werden sich in Kürze von hier verfügen."

Biwak 28."S-Bahnhof Nikolassee und Umgebung keine relevanten Personen."

Biwak ?:" Wir auf dem Weg Richtung Kronprinzessinnenweg bei der Begleitung eines Reisebusses."

Biwak 2 an

Biwak 30 :"Sollte eine Begleitung vonnöten sein, nur mit einer Gruppe. Nur mit einer Gruppe denn begleiten."

Biwak 30:"Verstanden.Auch in der S-Bahn?"

Biwak 2:"Wenn sie es für nötig halten, lageangepaßt denn begleiten. Auch notfalls in der U-bahn/S-Bahn."

Senta 301 an Biwak 2:" Die Personengruppe ist um die 40 stark und deshalb muß begleitet werden."

Biwak 2:" Inner S-Bahn, ja?"

Biwak 30:" 192, schließt ihr euch an?"

Otter 192:" Ja, kiekt ma nach links, da sind wa."

Otter 144:"Euch zur Kenntnis:die Veranstaltung ist wohl schon beendet. Genaue Zeit krieg ich noch.Im Moment sind noch ungefähr 60-80 Personen da, aber die nächsten legen schon ab mit der nächsten Fähre."

Biwak 27:" U-Bahnhof Wannsee sauber. 5 Rechte verziehn`sich inn`Zug. Zugpersonal weiß Bescheid. Ick habe die Nummer vom Lagedienst hier hinterlassen.Falls gößere Gruppen Linke auftauchen melden die die sofort."

Biwak 2:" Wunderbar!Senta 301 mit."

Senta 301:"Senta 301 hat mit.Ist dennnun die die Menge derer aus dem Bus mit der S-Bahn weggefahren oder nur so wenige?"

Biwak 2:" Senta 301, da ist der An-sprechpartner der Biwak30."

Senta 301:"Ja, der wird noch nicht da sein. Es handelt sich da sicher um eine andere Personengruppe.Danke."

Senta 301 an
Biwak 27:" Sie pendeln denn mit ihrer Streife zwischen S-Bahnhof Grunewald und Nikolassee."

Biwak 30:"Ja, der Bus trifft jetzt hier am S-Bahnhof Wannsee ein. Personen steigen hier aus. Wenn die Personengruppe jetzt ins wunderschöne Land Brandenburg fährt, ist das jetzt auch unter Begleitung?"

Senta 301:"Sie geben uns Kenntnis wenn die in die Richtung fahren, dann können wir über Südwest weiteres veranlassen."

Biwak 30 an Senta 301:"Die besagte Personengruppe, 35 Mann stark, fährt in Richtung Lichtenberg. Biwak-Kräfte bleiben dran."

Biwak 50 an Biwak2:" Biwak 50verlegt zur Anlegestelle Insel Lindwerder." (zur Begleitung des nächsten Busses,Anm.d.Verf.)

Biwak 28 an Biwak2:"Wir jetzt am Bahnhof Grunewald, ebenfalls negativ. Keine Personen, tote Hose."

Otter ?.:" Euch zur Kenntnis: jetzt kommt der letzte Schwung rüber. Mit der Fähre. Dann sind bloß noch 6 Hanseln, unter anderem der Vorsitzende noch mit drinne."

Biwak 30 an Senta 301:"Änderung der Personengruppe, steigt jetzt in die S-Bahn Oranienburg."

Senta 301:"Ja, verstanden. Die Personenzahl?"

Biwak 30:"35, immer noch."

Otter 190 an Senta 301:" Die Strecke, die die jetzt fahren | mit der S1 | führt zu ihrem Ausgangspunkt Bornholmer Brücke. Bornholmer Brücke war heute mittag Treffpunkt dieser Gruppe."

Biwak 50 an Senta 301:" Biwak 50 an|der Anlegestelle eingetroffen.(....) Die Personengruppe von der Insel jetzt auch aufm Festland eingetroffen."

Biwak 30 an Senta 301:" Abfahrt des Zuges um 22.31 Uhr Richtung Friedrichstraße.Die Personenan-zahl ca. 25 Personen, orientierungslos, wahrscheinlich Rich-tung Ostteil der Stadt. Eine Gruppe, Biwak 33(?),ist mit drin, sowie Otter-Kräfte."

Biwak 30 an Biwak 2:" Habe ich ric-htig gehört daß eine weitere Gruppe ein weiterer Bus hier Richtung Wannsee unterwegs ist ?"

Senta 301:" Is'richtig, Otto-Reisen." (.....) "Biwak 30, der will|nicht zum Bahnhof sondern fährt direkt durch."

Senta 301 an Südwest:" Der Göttinger Bus mit dem vorhin genannten Kennzeichen hat jetzt den Ort verlassen und fährt in die Richtung."

Südwest:" Verstanden. Brandenburg hat Kenntnis und die haben auch Maßnahmen getroffen, da die von dieser Veranstaltung Kenntnis hatten."

Biwak 50 an Senta 301:" Biwak 50 mit Unterstellten begleitet den Bus."

Südwest an Biwak 2:" Für den Biwak 33: die Kräfte sind also weiter mitgefahren Richtung Potsdamer Platz."

Biwak 50 an Senta 301:" Bus hat Landesgrenze passiert.Brandenburger Polizei hat übernommen. Wir wenden Babelsberg und kommen wieder zurück ohne Vorkommnisse."

[geschwärzt]701 an ??:"Ja, wir sind eingetroffen.Haben wir irgendwie 'n Anrufer gehabt oder was?"

??? :" Die EHU- Kräfte nach vorne.Nach vorne!! Angeblich sind hier Linke, deshalb is'Uffregung bei den Rechten uff'm Parkplatz." (Es werden Suchscheinwerfer angefordert, weil hier"Linke in den Jebüschen sitzen sollen un'de Rechten ham Angst")

Biwak 2 an Südwest:" Laut Auskunft Biwak 30 waren hier angeblich 2 (!) Linke. Da war ein bischen Aufregung, aber die sind schon wieder weg."

Biwak 2 an Biwak 50:"Da nicht auszuschließen ist,daß sich doch noch mehrere Personen der linken Szene hier in diesen Gebüschen aufhalten,für sie jetzt Anfahrt zur Lieper(?) Bucht mit Eilauftrag. Mit Quittung, kommen." (.......)

Biwak 2:"Ihnen zur Kenntnis:Es sind jetzt keine Personen mehr auf der Insel." (Uhrzeit:23.13)

? :"Ja, für sie eine kurze Lagemeldung aus unserem Bereich:Wir haben also immer noch aufm Parkpatz ca. 40 Rechte. Die versuchen, ihre Fahrzeuge wieder in Gang zu bringen.Der größte Teil hat det ooch bis jetzt jeschafft.Hatten kurzen Zwischenfall, sollen wohl vereinzelt Linke in den Jebüschen rumwuseln. Ist aber schon wieder erledigt. Wir hoffen, das sich hier in nächster Zeit der Parkplatz leert."

Otter 192 an Südwest:" Ja, Otter 192 jetzt mit ner kurzen Lage oder Abschlußmeldung.Wir haben unsere 35 Personen fahren lassen, die fahren weiter die S1 in Richtung Oranienburg und wir haben hier abgebrochen, S-Bhf. Friedrichstr,komplett mit Biwak 33,die sind (???)."

Otter 190:" Frage: die Festnahme Borchhadt, ist der jetzt zur GeSa, Blutentnahme?"

?:"Ja, richtig. "

Otter 190:" Ja, jut, danke. Wir erzählen das denn hier seinen Leuten, die können ihn denn da abholen."

Erläuterungen

Senta 301: ist die Einsatzleitung

Shuttle-Service: von den Bullen geschützter Bus, bringt die FAP-Mitglieder von der Anlegestelle Lindwerder zum S-Bhf

Kontrollstellen: von den Bullen eingerichtete Konrollpunkte, z.B. am Grunewaldturm und am Scholzplatz, um evtl. auftauchende Linke festzuhalten bzw. zurückzuschicken

Otter -Kräfte: Alles Zivis

EHU: Einsatzhundertschaft

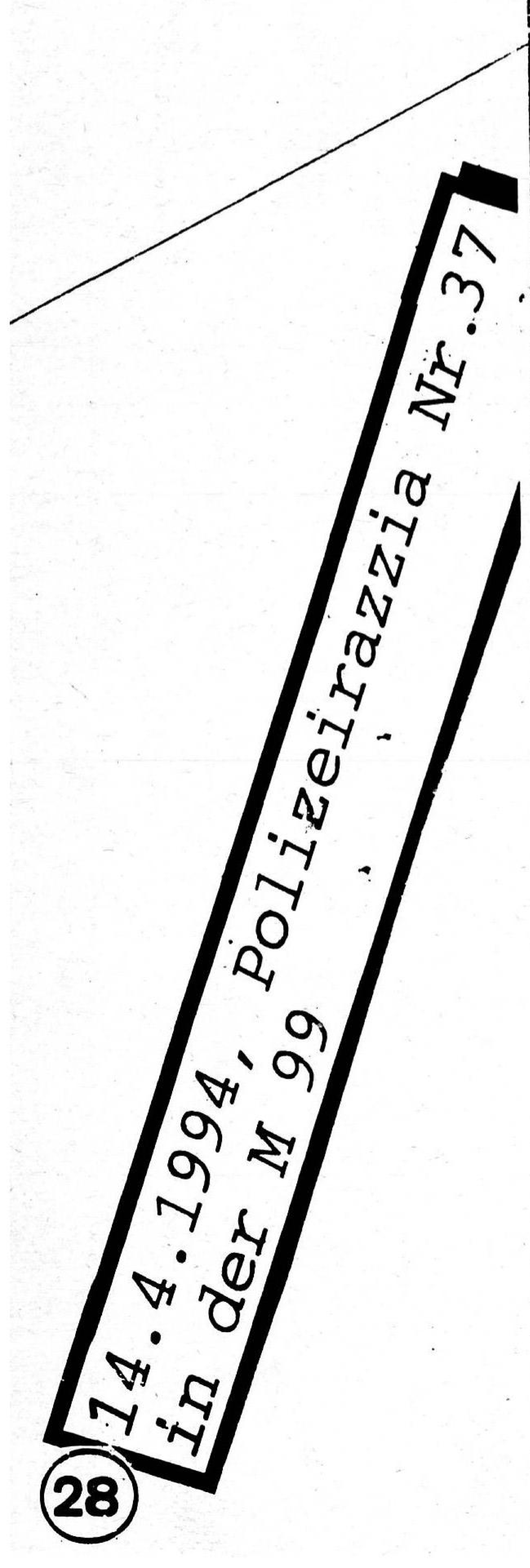
GeSa: Gefangenensammelstelle

HAUSDURCHUNG 14.4.94 WEGEN FUNKPRTOKOLLE

am 14.4. wurde unter anderem die wohnung eines genossen durchsucht. der grund der durchsuchung war ein durchsuchungsbefehl vom amtsgericht tiergarten vom 16.3.94. vorgeworfen wird ihm ein verstoß gegen das fernmeldeanlagengesetz, konkret funkprtokolle geschrieben zu haben und diese seit sept.93 dem kopierladen m99 gegeben zu haben. in diesem zusammenhang seht auch die gleichzeitige durchsuchung des m 99. der verdacht drängt sich auf, daß die durchsuchung auf aussagen der enttarnten v-frau christine schindke hin erfolgte, und daß noch vor dem 2o.4 und dem 1.mai verunsicherung geschaffen und strukturen zerschlagen werden sollen. bei der durchsuchung sind u.a. ein scanner und kopierte funkprotokolle sowie eine schreibmaschine und diverse broschüren beschlagnahmt worden. das zimmer der mitbewohnerin wurde ohne durchsuchungsbefehl und unter protest durchsucht.

wir meinen, daß sich die verschiedenen gruppen in denen christine und ilka gewesen sind, untereinander zu wenig auseinandergesetzt haben und keine erfahrungen zum schutz vor spitzeln ausgetauscht haben.

HÖRT MASSENHAFT BULLENFUNK UND VERBREITET PROTOKOLLE



Am Donnerstag den 14.4.1994, stellte ich mein Auto mit halbstündiger Verspätung erst um 10 Uhr 30 am Laden ab.
Bei der 35.Razzia, im Sept. 93, hatte die Polizei bei der Ausstellung der Durchsuchungsurkunde "verpennt" meinen Namen korrekt zu schreiben . So fand die Durchsuchung erst eine Woche später, neu urkundlich beglaubigt, im Oktober 93 statt. Sie wurde aber auch deshalb abgebrochen, weil ich den Laden nicht wie üblich um 10 Uhr öffnete. Auch bei der 36. Razzia, am 25.3.1994, schloß ich kurz vor Erscheinen der Polizeikräfte den Laden und wurde erst nach ca. halbstündiger Suche im Haus gefunden. So entschloß ich mich auch am Donnerstag, den 14.4.1994, vor der Ladenöffnung, erst mal dem Journalisten Winfried Sträter, für den Westdeutschen Rundfunk ein Interview zum 1.Mai und Umstrukturierung in Kreuzberg zu geben.
Als ich kurz vor mittags 12 Uhr, von weitem mit meinem Rollstuhl heranrollend, die altbekannte Durchsuchungsbeamtenfigur an der Haustür der Manteuffelstr. 99, sich begierlich nach mir gestikulieren sah, wendete ich mich mit meinem Rollstuhl spontan mitten auf der Straße um 180% zurück zum Journalistenbüro in der Manteuffelstr 40, Tel. 030/6113411. Dort "überzeugten" mich meine Fans von der "Truppe" um, Zitat, "Öffnungskosten einer Schlüsselfirma zu sparen", zum Laden sehr langsam zögerlich zurückzurollen.
Als ich den BeamtInnen die Schlüsselherausgabe verweigerte, weil ich noch auf meinen Journalisten wartete, zog mein persönlicher Fan der "Truppe" mir geschwind die Ladenschlüssel aus der Bauchtasche.
Die "Truppe" verschwand mit den fürsorglich für mich zur Durchsuchungsbeobachtung mitgebrachten BeamtInnen des Wirtschaftsamtes im Dunkel des Ladens. Ich blieb draußen, alleine mich wie ein diskriminiertes Elend im Rollstuhl fühlend, zurück und schrie verzweifelt entrüstet, mit meiner laut hörbaren Megaphon-Stimme auf, "Ich will erst mal den Durchsuchungsbeschluß".
Da kommt wiederholt eine Dienstaufsichtsbeschwerde auf die Beamten der "Provinzpolizei" zu.
So eine kriegen Sie ja auch schon für die 36. Razzia, wo sie den richterlichen Durchsuchungsauftrag "vergaßen", Testkopien für den Nachweis der Herstellung von Anschlagserklärungen auf meinen Kopierern zu tätigen und stattdessen mehrere dutzend legale linke Zeitschriften ,vor allem Antifa-Literatur, "erfolgreich" beschlagnahmten.
Durch mein verzweifeltes Aufschreien erreichte ich die Herausgabe der Razziaanordnung durch meine sichtlich beunruhigten Beamten an mich. (...)

Beschluß vom 16.3.1994 durch Richter Ebsen vom Amtsgericht Tiergarten 352 Gs 1250/94 durch Dir VB S II 2 - 940310/3739-5, Verstoß gegen F(ernmelde)A(nlagen)G(esetz).
" D. Beschuldigte steht in dem Verdacht eines Vergehens nach §§ 18, 11 FAG. Ihm wird vorgeworfen, als Betreiber des Infoladens " M 99" die vom Mitbeschuldigten T. gefertigten Protokolle über den abgehörten Polizeifunk seit mindestens Sept. 1993 zu veröffentlichen."

Die Polizei bittet um Mithilfe.



BKA

Terroristen

Zivilliste ; Stand: April 1994

Kfz-Kennz. alle B- ...	Kfz-Typ, Merkmale	Ort	Zeit	Besonderes Vorkommnis
A 1786	VW-Bus, rot	36	10/93	
A 9746	Audi 100, du.blau	36	7/93	Faschoangriff/ Schliemann-22
AD 1652	Opel Rekord,alt,du.rot	44	10/93	
AJ 5013	.?.Kombi, blaumet.,zwei Antennen	36	8/93	
AK 2734	Opel Vectra, du.blau,	61,36	2/94	
AK 6544	DB-Kombi, hellgrün	36	4/93	
AT 6091	Opel Vectra, blaumet.	36	7/92,93,94	
AU 9546	VW-Bus, rot	42	7/93	
AV 477	Opel Rekord, blau,	36	3/94	
AV 1743	Mazda 626, rot, Observation	36	9/93 (16.-17.9.)	Observation der Oranien-5
AV 6725	Opel Ascona, grau	36	7/92	
AZ 981	Opel .?., du.rot	36	4/93	
C 2078	Audi 80, du.blau, Antenne hinten links	44, 36	5/93	1.Mai am Halk Evi
C 5602	Opel Vectra, grau o.silber (?)	O-berlin	4/94	
CE 184	Opel Vectra, hellblaumet. hinten "Berlin 2000"-Aufkleber	44	4/94	
CN 2712	DB, schwarz, hinten zwei Antennen VS o.ä.	36	6/93	
CT 347	VW-Bus, beige	36	4/93	
DD 384	DB 190er, grau, OG SO 36-"Kraft"	36	2/94	Razzia Teestube/ NKZ am 17.2.94
DE 8354	VW-Passat,neu, silbermet.	44	4/94	
DE 8620	VW-Golf, du.?.	36	9/93	
DE 9243	Opel Omega, rot	44, 36	9/92	
DJ 384	VW-Passat, neu, du.grau, OG SO 36-"Kraft", v.a. Kotti	36	2/94	
DJ 2483	Opel Kadett, du.rot	36	4/93	
DK 590	Opel Rekord, mittelblau	36	5/92	
DR 7391	VW-Bus, blau	36	10/93	
DR 9534	Ford Scorpio Kombi, weinrot	21	12/93	
DR 794	Ford Scorpio	44	1/94	
DT 2914	Ford Scorpio, weinrot		2/94	
DU 204	Opel Vectra, du.blau	44, 61	6/93	
DW 6452	VW-Golf, neu, du.grau		3/94	
E 9054	VW-Passat, du.rot	44	1/93	
EV 597	VW-Golf, blau	O-Berlin	7/93	Faschoangriff/ Schliemann-22
EZ 407	Opel Omega, du.grün	O-Berlin	7/93	Faschoangriff/ Schliemann-22
H 1591	Opel Rekord, mittelblau	61	7/93	
H 1789	VW-Vento (?), blau	12	4/94	
HC 1667	Ford .?., grün	36	2/94	
HX 4302	Opel Omega, mittelblau, auf Heckscheibe "PIONEER"	44, 36	11/93,1/94	
HZ 342	Opel Omega Kombi, silber	44, 36	11/93	Observation von KurdInnen Okerstr.
JC 247	VW-Passat (?) Kombi, du.blau	36	11/93	
JS 780	VW-Polo, alt, rot-orange	44	1/94	
K 1328	VW-Jetta oder Vento, du.blau	36	12/93	
K 1576	Opel Omega, schwarz	36	5/92	
LP 478	DB Kombi, grünmet.	36	?/93	Durchsuchung A-6

Kfz-Kennz. alle B- ...	Kfz-Typ, Merkmale	Ort	Zeit	Besonderes Vorkommnis
M ? 732	VW-Passat, silber		2/94	
M 6357	VW-Jetta, weiß	O-Berlin	7/93	Faschoangriff/ Schliemann-22 Durchsuchung A-6
M 8714	Opel Omega oder Senator	36	?/93	
ML 195	Opel- oder ford Kombi, du.grau	36	10/93	
N 2397	Opel Vectra, du.blau	44	12/93	
N 6908	Ford .?., blau	?	11/93	
NE 3227	Opel Vectra, du.rot	?	1/94	
NL 9407	Opel Vectra, blaumet.	44, 36	11/93, 2/94	
NN 1682	Audi 100, hell.?., obs.	O-Berlin	11/93	Brunnenstr./AFFI
NR 7342	VW-Passat,Kombi, .?.	O-Berlin	1/94	
PA 428	Opel Vectra, weiß	62	4/94	
RL 789	VW-Golf, beige	36	5/92	
RU 254	VW-Bus, blau OG SO 36-"Kraft"	36	2/94	
SK 264	Opel Vectra, du.blau	61, 44	2/94	
SM 699	Opel Rekord, beige	36	8/92	
T 2041	Ford Scorpio Kombi, blaumet.	O-Berlin	2/94	
TK 482	VW-Passat Kombi, du.rot	36	12/93	
TW 353	Audi 80, alt, olivgrün	36, 44	9/93	Observation der Oranien-5
TM 524	VW-Passat, du.grün	36	2/94	
U 1723	VW-Vento (?), rot	12	4/94	
UH 365	VW-Passat oder -Vento, du.rot	61	2/94	
UK 410	Opel Ascona, du.grün	O-Berlin	7/92	St.Pauli-Hertha
UT 210	Opel Vectra, du.blau violett	36 44	92/93... 10/93, 1/94	
VL 176	Opel Rekord, mittelblau	44	1/94	
WL 645	VW-Bus, goldmet.	36	?/93	Durchsuchung A-6
WX 740	VW-Bus, du.rot	36	90-94	
XM 817	VW-Passat Kombi, grau hinten Hunde drin, OG SO-36-Kraft	36	2/94	Razzia Teestube/ NKZ am 17.2.94
XV 827	Opel Vectra, silbermet. du.blau	36 36	91-93 9/93	
YK oder WK 739	Opel Kadett, weiß	?	3/94	
Z 3549	VW-Golf, du.blau oder du.grün	36	11/93	
ZC 749	Ford Scorpio,	44	1/94	
ZE 903	Audi 100, du.braun	.?.	11/93	
ZR 560	VW-Jetta, du.rot	61, 36	90-94	ist "Atoll 379"
ZT 917	VW-Jetta, grau-grünmet.	O-Berlin	7/93	"Otter-276",Marzahn
ZX 140	VW-Passat, grau	36	10/93	

Eure Autonomen Wanzen.

P.S. Wir verweisen auch hier wieder auf die Interim Nr. 99

P.S.2. Unseren Informationen zufolge soll das Kürzel "OG" der gleichnamigen Schnüfflereinheit "OG SO 36" für "Ohne Gehirn" stehen.

Vorsicht Schußwaffen!

Hinweise an jede Polizeidienststelle.





TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE

Do 21.4.

Invitation-Einladung 21.4. um 20.00 UHR

zum Diabericht über den Widerstand sozialer Gruppen (AnarchistInnen, Gewerkschaften und KünstlerInnen) in Mexiko-Stadt unter dem Einfluß des Aufstandes der Zapatistas in Chiapas. Versuch eines aktuellen Stimmungsbildes zur politischen Situation.
Vidio über den Aufstand (in spanisch).
Im FDCL im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, Dritter Eingang, 5ter Stock, Tel: 6934029

"Kein Ort - Nirgends",

Jutta Rütter, Diplompädagogin, Mitarbeiterin bei den "Ambulanten Diensten", stellt Thesen für Frauen zwischen Behinderten- und Frauenbewegung zur Diskussion
Donnerstag, den 21.4.94, 17.00 - 18.30 Uhr

Veranstaltungsort: TU-Mensa, Hardenbergstr. 34, 10623 Berlin, 1. Stock, Veranstaltungsraum, U-Bahn Zoologischer Garten oder Ernst-Reuter-Platz, Parkplatz auf dem Hof

Weitere Auskünfte: Beratung für behinderte Studierende, Tel. 3112-311 oder 83002-402

Rumänien Veranstaltung in KAA 14, Kurfürstenstr. 14

Donnerstag, den 21.April 94 um 20.30 Uhr

Treffen für Interessenten der Rumänien Begegnung im September

anschließend Film -**VIDEOGRAMM EINER REVOLUTION**- BRD 1992

Rumänien im Dezember 1989

(Leinwandprojektion)

Donnerstag, 21.4.94, 21.00 Uhr, "Peking Opera Blues"
Nur für Frauen/Lesben).
im Clash:
Clash, Kneipe im Wedding, Uferstr. 13, 13353 Berlin, U9 Nauener Platz, U8 Pankstr.

Fr 22.4.

19 Uhr Soliparty für ein Juze in Lima in der Brunnenstr. 7

Cuba

Referat mit Dias zur Wirtschafts-Entwicklung auf Cuba, von 1950 bis heute.
(J. Schiffelholz)
Freitag 22.04. um 20.00 Uhr
Ort: El Locco, Kreuzbergstr. 43,

Sa 23.4.

Zum 4. Mai 1886 und 1. Mai 1890...
Entstehung des "1.Mai".
Vortrag mit anschließenden Video (engl.) im EL LOCCO
19.00 Uhr

KUNDGEBUNG
gegen die
INTERJAGD

23.4.
10.00 Uhr

Messegelände vor Halle 18
Eingang Masurenallee

So 24.4.

12 Uhr Kleiner Autonomer Flohmarkt im **EX**

Frauen/Lesben Frühstück am 24.04.94 ab 11.00 Uhr im Frauenraum/Mehringhof

Wir sind ein Bündnis, das Aktionen und Strategien gegen die aktuelle imperialistische Politik der BRD plant und durchführt. Wir wollen uns gleichzeitig mit dem Begriff des Imperialismus auseinandersetzen, um eine gemeinsame Basis zum politischen Handeln zu haben.

Wir laden alle Interessentinnen zum **Frauen/Lesben Frühstück am 24.04.94 11.00 Uhr** im Frauenraum/Mehringhof ein. Beim Frühstück sollen Ideen zur o.g. Arbeit gesammelt und ausgetauscht werden, um eine weitere Zusammenarbeit zu planen.

Ab **14.00 Uhr** findet ein **Austausch** unter Frauen/Lesben **zum 1. Mai** im Frauenraum statt.

Frauen/Lesben Bündnis gegen imperialistische Kriege

Mo 25.4.

BESETZUNG eines leerstehenden Institutsgebäudes und Ausrufung einer Autonomen Gegen Uni
Betrifft: Alle StudentInnen von Fu, Tu und Humboldt sowie auch (eigentlich vorallem) NichtstudentInnen

Termin: 25.April. Montag 12.00 Uhr
Treffpunkt: vor dem Hörsaal 1A in der Rostlaube F.U.
U.Bahnhof Thielplatz

Montag, 25.4.94, 21.00 Uhr, Antifaschistische Dokumentarfilmreihe: "Ernst Busch singt", von Konrad Wolf, Teil 3, "Ein Toter auf Urlaub". Der dritte Teil zur Entwicklung des NS-Faschismus behandelt den Zweiten Weltkrieg, 1939-45. im Clash, Uferstr. 13



Mi 27.4.

Der 1. Mai kommt bestimmt.

Bevor wir wieder einsteigen in die Maschinerie des 1. Mai 1994, wollen wir miteinander bereden, was der 1. Mai für uns ist und wenn er eine Bedeutung hat, welche kreative Aktion oder Gestaltung wir machen wollen.

Mittwoch, den 27.04.1994 ab 11.00 Uhr

Anarchistischer Medienladen

BARBATA

im El Locco Café

Donnerstag, den 28.April 94 um 20.00 Uhr

Film von

Renate M. Erich **-ROMA IN RUMÄNIEN-**

Veranstaltung mit Brigitte Mihok

-Die Situation der Roma in Rumänien-

in KAA14, Kurfürstenstr. 14

Do 28.4.

Was hat die BRD mit Kurdistan zu tun ?

- Rüstungsexporte und militärische Unterstützung für die Türkei seit 1964

Ein Mitarbeiter des Rüstungsexportarchivs des KOMZI e.V. in Idstein wird am : Donnerstag, den 28.04. 19.00 Uhr im Veranstaltungsraum Reichenberger Str.63a Hinterhaus-Quergebäude (bei ADA) darüber berichten. In der Diskussion soll es auch um Bezüge zur aktuellen Lage in Kurdistan gehen.

Sa 30.4.

Donnerstag, 28.4.94, 21.00 Uhr, "Grüne Tomaten" (Nur für Frauen/Lesben).
im Clash, Uferstr. 13

18.00 Uhr Walpurgisnachtdemo
Treffpunkt: Winterfeldplatz zu Alten TU-Mensa
dort ab 20.00 Uhr Fete
Der Erlös iat für den Frauen-Notruf

Sa 7.5. Specki-Party im **EX**

BLACK RESISTANCE

Aktionstage in Frankfurt/Main
vom 13.-15.5.94

Veranstaltungen zum **Schwarzen Widerstand** in Afrika, Brasilien und den USA

Filme, Dia-Vorträge, Ausstellungen, Konzerte

Info:
Jugend Antifa FfM
Do 15-18h
Club Voltaire
Kl. Hochstr. 5
Tel. 069-292408



BEHÖRDEN-UND UNTERNEHMER-UNDFREUNDLICH

telegraph

Der "telegraph" ist einer der letzten Überbleibsel der DDR-Untergrundpresse. Er ist unabhängig und fühlt sich deshalb keiner politischen Gruppierung oder Partei verpflichtet.

Schwerpunkt-Themen sind:
Antifa, Stasi, Kriegsdienstverweigerung, Strukturen von Unten, wirtschaftliche- und politische Machenschaften der neuen (alten) "Herren" im Lande.
Aber auch kritische Auseinandersetzung mit den verschiedenen politischen Strukturen.
Dies alles betrachtet durch die "linke" Lupe und gemacht von unverbesserlichen Querulanten, die schon zu DDR-Zeiten Reißzwekken im Magen der Herrschenden waren.

Der "telegraph" erscheint monatlich, ist zu erhalten über Infoläden und ausgesuchte Buchhandlungen, oder im Abo über: Redaktion "telegraph", Schliemannstr.22, O-1058 Berlin (ab 1.7.93: 10437)

Einzelhandelspreis: 04 DM
Jahresabo: 45 DM
Halbjahresabo: 23 DM
Probeabo (2Nummern) 05 DM
Auslandsabo: 60 DM
Förderabo: 70 DM



Sa 14.5. "DOA"-Konzert im **EX**

Achtung! Danach ist das **EX** jeden Samstag ab 20 Uhr geöffnet mit warmer Küche!



an alle die (für) **Feten** planen! Am 4.Juni 1994:

10 Jahre Schwarze Risse , die Fete im Mehringhof und **EX** !

¡PERÚ RESISTE!

FREITAG
22
APRIL
19 Uhr

SOLIPARTY!

UNTERSTÜTZUNG FÜR EIN
JUGENDZENTRUM IN LIMA

SEV
BRUNNENSTR. 7
U-bahn ROSENTHALER
PLATZ
INFO UND PERUANISCHES ESSEN